

2013-01-07

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 12.12.2012

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:05 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 36**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion NEUES FORUM	Hofmeister, Dirk	
Fraktion der CDU	Kolze, Jens Müller, Christa Trocha, Harald	Unentschuldigt
Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau	Andrich, Monika Sanftenberg, Angela	
Fraktion der SPD	Laue, Harald	
Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN	Lohde, Jacqueline	Unentschuldigt
Fraktion Pro Dessau-Roßlau	Böhler, Axel Otto, Hans-Georg	
Fraktion der FDP	Bähr, Manfred Neubert, Jürgen Dr.	
Mitglied Freie Wähler	Göricke, Hagen	
Mitglied DVU	Knop, Ingmar	Unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr **Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** begrüßte die Anwesenden und bat sie, sich aus gegebenem Anlass von den Plätzen zu erheben. Es schloss sich eine Gedenkminute für Herrn Rainer Weisbach an.

Herr **Prof. Lückmann, Hochschule Anhalt**, gab bekannt, dass Herr Rainer Weisbach, Vorsitzender des Gestaltungsbeirates, während seines Aufenthaltes in Rio de Janeiro verstorben ist. Dies sei für ein Leben, wie Herr Weisbach es geführt hat, fast bezeichnend: im Dienst für andere Menschen, für arme Menschen, für die Ärmsten der Gesellschaft.

Herr Weisbach werde sehr vermisst, er hat entscheidend im Gestaltungsbeirat der Stadt Dessau-Roßlau mitgewirkt, den Vorsitz innegehabt und diese Aufgabe hervorragend erfüllt. Er hat vermittelt, nicht provoziert, hat Konflikte versucht auszuräumen und versucht, im Gespräch zu bleiben. Es werde sehr schwer sein, ihn zu ersetzen. Er wollte selbst in der vorletzten Sitzung den Vorsitz niederlegen und jemand anders in die Verantwortung holen - vielleicht weil er sich schon schwach gefühlt hat. Das zeige auch Größe, dass man von Ämtern auch zurücktreten kann und sie nicht klammern und festhalten muss.

Nun ist Herr Rainer Weisbach ganz von uns gegangen und der Gestaltungsbeirat hat sich sehr schwer getan, überhaupt jemanden zu finden, der heute ein paar Worte sagen kann. Die meisten finden sich emotional nicht in der Lage, sich hierher zu stellen und einige Worte zu sagen. Herr Prof. Lückmann habe es nun gewagt.

Die Familie werde ihn vermissen, das Bauhaus wird ihn vermissen, jeder hat seinen Verlust auf seine Art. Der Gestaltungsbeirat ist ihm zu großem Dank verpflichtet für die gute Arbeit und so wollen wir ihn gern in Erinnerung haben.

Herr Prof. Lückmann dankte dem Stadtrat für die Aufmerksamkeit und den Respekt, der Herrn Weisbach damit gezollt wurde.

Die Sitzung wurde formell durch den **Vorsitzenden des Stadtrates** eröffnet. Herr **Dr. Exner** stellte die frist- und formgerechte Ladung des Gremiums und dessen Beschlussfähigkeit bekannt (derzeit 28 Stimmberechtigte).

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zu der mit der Einladung ausgereichten Tagesordnung fragte Herr Dr. Exner nach Anträgen oder Änderungswünschen.

Seitens der **SPD-Fraktion**, Einreicherin der Vorlage zu 7.2, teilte **Frau Angela Müller** mit, dass die Vorlage heute von der Tagesordnung zu nehmen ist. Die SPD-Fraktion wolle die derzeit laufenden Verhandlungen der DWG mit den Investoren nicht gefährden. Die Vorlage solle aber spätestens im Februar wieder auf die Tagesordnung des Stadtrates.

Die somit geänderte Tagesordnung wurde beschlossen.

3 **Genehmigung der Niederschriften vom 26.09. und 07.11.2012**

Die Niederschrift zur Sitzung des Stadtrates am **26. September** wurde mehrheitlich (1 Gegenstimme, 4 Enthaltungen) genehmigt.

Zur Niederschrift vom **07. November 2012** meldete sich **Herr Dreibrodt**, SPD-Fraktion, zu Wort. Er erklärte, dass es in dieser Sitzung um die Abstimmung zur Niederschrift der Sonderstadtratssitzung vom 11. Juli ging und die Änderungsliste durch Herrn Dr. Exner scheinbar korrekt abgearbeitet wurde. Herr Dreibrodt wies darauf hin, dass aber von den 8 Änderungspunkten der Änderungsantrag Punkt 8 überhaupt nicht zur Abstimmung gestellt worden ist. Dr. Exner habe eine eigene Version des Änderungsantrages vorgebracht. Dies war sehr unkorrekt, was er hier festgehalten haben wolle.

Des Weiteren sei es so, dass in der Geschäftsordnung, § 15 Sitzungsniederschrift geregelt ist, dass bei Abstimmungen über Niederschriften Einwendungen geäußert werden können. Darüber wird auch diskutiert bzw. abgestimmt. Wenn die Einwendung keinen Erfolg hat, ist derjenige, der die Einwendung einbringt, berechtigt, eine Erklärung abzugeben. Das habe er, Herr Dreibrodt, getan. Das habe bei Herrn Dr. Exner dazu geführt, dass er sich nicht an die Geschäftsordnung hielt. Herr Dreibrodt zitierte den § 15, Abs. 5: „Über Einwendungen gegen die Niederschrift entscheidet der Stadtrat. Wird durch das Ergebnis der Abstimmung den Bedenken nicht entsprochen, so ist das Mitglied des Stadtrates berechtigt, die Aufnahme einer entsprechenden Erklärung in die Niederschrift zu verlangen.“ Das habe Herr Dreibrodt getan, nur Dr. Exner habe es nicht getan. Er hänge seine Erklärung jetzt einer beliebigen Niederschrift an, er hänge sie nicht der Niederschrift an, um die es gegangen ist und das war die Niederschrift vom 7. 11. Dies wolle er hier festgehalten wissen. Herr Dr. Exner solle sich strenger an die Geschäftsordnung halten.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner merkte an, es werde hier geschäftsordnungsgemäß gehandelt.

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 7. November 2011 wurde zur Abstimmung gestellt. Sie wurde mehrheitlich (1 Gegenstimme, 5 Enthaltungen) genehmigt.

4 **Berichte des Oberbürgermeisters**

4.1 **Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Herr Oberbürgermeister Koschig informierte über den Zeitraum vom 07. November bis 12. Dezember 2012.

Die Freiwillige **Feuerwehr** Roßlau hat mit Werner Künzel, ein Urgestein, unsere Berufsfeuerwehr mit Hans-Werner Gaudick einen verdienstvollen Brandmeister verloren.

Am Freitag, 7. Dezember, fand ein Konzert von Opernchor und Anhaltischer Philharmonie aus Anlass des **175-jährigen Bestehens unseres Opernchores** statt. Im Anschluss wurde er auf Beschluss des Haupt- und Personalausschusses vom 28.11.2012 mit einer Eintragung in das Ehrenbuch der Stadt Dessau-Roßlau geehrt.

Das Konzert habe sehr beeindruckt, so dass die Theaterleitung und Herr OB Koschig spontan beschlossen, anstelle der 9. Sinfonie von Ludwig von Beethoven das Chorkonzert zum Neujahrsempfang der Stadt Dessau-Roßlau zu wiederholen. Davon wurde jedoch wieder Abstand genommen, da bereits über 300 Karten für die Beethoven-Sinfonie verkauft waren. So wird es zu einem späteren Zeitpunkt eine Wiederholung des Chorkonzertes geben, welches Herr Koschig sehr empfehlen könne.

Einen Tag nach der Abschlusskonferenz „Perspektiven Anhalts“ in Köthen wurde am 8. Dezember mit der Präsentation zur Vorgeschichte mit der ältesten Anhalterin „Charlotte“ die neue **Dauerausstellung des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte** eröffnet. Dies ist ein besonderer Beitrag unseres Hauses zum ANHALT|800-Jubiläum, der sich als einziger mit der Anhaltischen Vorgeschichte beschäftigt.

Die Stadt habe für das Jubiläumsjahr viel Anerkennung bekommen. Dieser Schwung sollte nun zur Vorbereitung auf das Jubiläum 800 Jahre Dessau genutzt werden.

Am 15. November traf sich die Lokale Arbeitsgruppe Dessau-Roßlau. Die Mitglieder hielten einen Rückblick zum **Jubiläum ANHALT|800** sowie einen Ausblick auf das Jubiläum „**800 Jahre Dessau**“ im nächsten Jahr. Dazu wird die Lokale Arbeitsgruppe ihre Zusammenarbeit fortsetzen. In der nächsten Woche konstituiert sich auch eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des **Roßlauer Jubiläums** im Jahre 2015.

Im Rahmen der Umsetzung des Maßnahmebeschlusses „Masterplan Bauhausstadt“ vom 11. Juli 2012 fanden bislang fünf von insgesamt 14 geplanten Einwohnerversammlungen statt. Inhaltlich wurden die Bürgerversammlungen bislang von dem Thema „C7: Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau im Jahr des 800-jährigen Jubiläums der Stadt Dessau-Roßlau“ beherrscht. Immer stärker wird die Forderung, dass eine angestrebte Namensänderung über den Weg eines Bürgerentscheides herbeizuführen sei. Diesem Vorschlag können nach seinem Eindruck eine zunehmende Anzahl von Vertretern des Stadtrates beitreten.

Nach der Einwohnerversammlung am Donnerstag, 13. Dezember 2012 in Rodleben/Brambach gibt es eine längere Pause, bevor die Informationsoffensive im Februar 2013 fortgesetzt wird. Herr OB Koschig sprach dazu an alle die Einladung aus, bis dahin die zahlreichen Neujahrsempfänge für Gespräche über die Bauhausstadt und unseren Masterplan zu nutzen.

Eine der Maßnahmen des Masterplanes, die angestrebte Überführung der Meisterhäuser in das Eigentum und den Betrieb der Stiftung Bauhaus Dessau ist Gegenstand der heutigen Tagesordnung.

Zu den **Meisterhäusern** könne noch gesagt werden, dass am Sonnabend, den 08. Dezember 2012, in der Zeit von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr die Möglichkeit bestand, die Baustelle der Häuser Gropius und Moholy-Nagy zu besichtigen. Die Bauwerkshüllen ohne die darin entstehenden Artefakte bieten jetzt einen einzigartigen, nicht wiederholbaren Einblick in den monolithisch errichteten Bau.

Der Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus Dessau befasste sich in einer Sondersitzung am 04. Dezember 2012 mit den möglichen **Standorten** für das angestrebte **Ausstellungszentrum**. Dabei wurde ein sehr umfassendes Dokument, welches die unterschiedlichsten Kriterien wie Machbarkeit, touristische Aspekte, Verfügbarkeit, stand-

ortbezogene Baukosten, Betriebskosten usw. beinhaltet, vorgestellt. **Den** idealen Standort für das Ausstellungszentrum scheint es nicht zu geben. Alle Standorte haben gewisse Vorzüge, aber auch Nachteile. Im Ergebnis der Sitzung hat der Stiftungsrat seine Entscheidung in den März 2013 vertagt und dem Vorstand weitere Prüfaufträge für einzelne Standorte zur Vertiefung erteilt.

Neben dem bekannten **Veranstaltungsformat Farbfest** wird für die Jahre 2013, 2016 und 2019 eine „**Triennale der Moderne**“ vorbereitet. Verantwortliche Partner neben der Stadt Dessau-Roßlau und der Stiftung Bauhaus Dessau sind unter anderem die Senatsverwaltung in Berlin, das Bauhaus Archiv Berlin, die Klassik Stiftung Weimar sowie die Bauhausuniversität Weimar. Ziel der Triennale ist es, Welterbestätten und weitere Orte der Moderne zunächst in den drei Bauhausstädten bekannt zu machen und das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Erhalts dieses Welterbes zu fördern. Im Zusammenhang damit soll auch das Erinnern und Gedenken an positive wie negative Ereignisse im Umgang mit der Architektur der Moderne in Deutschland verbunden werden. In Dessau-Roßlau werden Veranstaltungen für das Wochenende 11. bis 13. Oktober 2013 vorbereitet.

Ein weiteres Jubiläum von mehr als nationalem Rang wird das **Cranach-Jahr 2015** sein. Dazu habe man gemeinsam mit der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz vereinbart, uns in einem großen zentralen Ausstellungsprojekt unter Federführung der Luther-Gedenkstätten zu beteiligen.

Am 19. November 2012 wurde **Michael Teichert**, bisher Oberstufenkoordinator und Lehrer für Physik, Astronomie und Informatik zum **Schulleiter des Walter-Gropius-Gymnasiums** bestellt. Der Direktor des Landesschulamtes überreichte Herrn Teichert die Ernennungsurkunde. Für die Führung dieses Gymnasiums im Süden unserer Stadt wünschte der Oberbürgermeister Herrn Teichert Erfolg und eine glückliche Hand.

Die **Regenbogenschule** feierte am 20. November 2012 ihr 20-jähriges Bestehen in der Marienkirche. Mit einem großartigen selbst inszenierten Programm bedankten sich die SchülerInnen bei allen Wegbegleitern und Förderern für die langjährige Unterstützung.

Die **Kindertagesstätte „Mosigkauer Schlosskinder“**, Knobelsdorffallee 5 in Dessau-Roßlau, konnte am 26.11.2012 wieder in Betrieb genommen werden. Eine langwierige Maßnahme hat damit ein glückliches Ende gefunden. Für 1,25 Mio. € haben die Kinder ein herrliches neues Domizil bekommen, das sich alle Interessierten am Samstag vom 11 bis 13 Uhr im Rahmen eines Tages der Offenen Tür ansehen können. Im alten Gebäude findet vorweihnachtliches Treiben statt, quasi ein Willkommen und Abschied, denn auch der Umbau dieses Gebäudes steht kurz bevor.

Stand der Umsetzung BV/312/2012/V-40 Arbeitsrichtung zum weiteren Umgang mit der **Südschwimmhalle**:

Gemäß Pkt. 2 der Beschlussvorlage wurde der Fördermittelantrag für die Sanierung der Südschwimmhalle beim Landesverwaltungsamt zurückgezogen.

Gemäß Pkt. 3 wurde die Standortuntersuchung an die WBD (Waggonbau Dessau) – Industriepark Dessau (IPG) übertragen und die entsprechenden Haushaltsmittel dafür zur Verfügung gestellt.

Die **Ostdeutsche Sparkassenstiftung** hat zum zweiten Mal in unserer Stadt ihren **Violin-Wettbewerb** durchgeführt und am 11. November mit einem Preisträgerkonzert beendet. Dabei kam es zu einem großartigen Bekenntnis des Ostdeutschen Sparkassenverbandes und seiner Partner zur Stadt Dessau-Roßlau und unserem Anhaltischen Theater Dessau und der Ankündigung, dass auch der dritte Wettbewerb in unserer Stadt durchgeführt werden soll.

Im Großraum Kühnau wurde eine gemeinsame **Drückjagd** auf Schwarzwild durchgeführt. Insgesamt kamen auf ca. 2045 ha bejagbarer Fläche 144 Schützen sowie 105 Jagdhelfer und 41 Hunde zum Einsatz. 84 Stück Schwarzwild, 54 Rehe sowie 1 Fuchs wurden erlegt.

Ebenfalls Drückjagden fanden in Waldersee und Vockerode am 7. und 8. Dezember mit einer stattlichen Strecke statt.

Mit Datum vom 11. Dezember hat unser Amt für Öffentliche Sicherheit und Ordnung die Genehmigung zur beschränkten Jagdausübung auf den befriedeten Flächen der ehemaligen Garnison in Roßlau bis 31.12.2013 verlängert.

Herr Oberbürgermeister Koschig erinnerte an die **Gedenkveranstaltung** anlässlich der **Pogromnacht** an der Stele in der Askanischen Straße am 9. November, an das anschließende **Friedensgebet** an der Friedensglocke anlässlich des Mauerfalls am 9.11.1989 sowie die **Lieder gegen das Vergessen** in der Marienkirche.

Momentan sei man an der Vorbereitung des Gedenkens anlässlich der 75. Wiederkehr im Jahr 2013, das ausgerechnet auf einen Sonnabend, also auf einen Sabbat fällt. Insofern werde diese Veranstaltung am Vortag oder am Sonntag durchgeführt.

Am 18.11.2012 fand ebenso traditionell die Gedenkveranstaltung anlässlich des **Volkstrauertages** statt. Am 24. November, dem Vorabend des Totensonntags, fand in unserer Stadt in der Johanniskirche das Gedenken der verstorbenen Polizeibeamten im Beisein unseres Innenministers statt.

Am 21.11.2012 wurde die Geschäftsführerin der **Wohnungsgenossenschaft, Frau Chwalinski**, in den Ruhestand verabschiedet. Dies war verbunden mit einer Ausstellungseröffnung zum **Gestaltungswettbewerb Luxemburgstraße**. Alle guten Wünsche begleiten die gute Seele der Wohnungsgenossenschaft in den wohlverdienten Unruhestand.

Alle guten Wünsche begleiten auch Herrn Klempnermeister **Sven Ballandat**, dem am 23. November der **Sachsenbergpreis 2012** verliehen wurde.

Die **Berichte** zum Stand der **Baumaßnahmen und ANHALT800** waren schriftlich an die Fraktionen ausgereicht worden.

Die **Sparkasse Dessau-Roßlau** lud am 21. November zu ihrem schon traditionellen **Unternehmerforum** ein, das unter dem Thema Schule und Wirtschaft stand. Überhaupt gebe es zahlreiche Initiativen zur Fachkräftesicherung und -gewinnung in unserer Stadt und der Region.

Die **DVV** konnte ihren neugestalteten Saal in Betrieb nehmen und tat dies am 8. November mit der Eröffnung einer auch für Schulen sehr sehenswerten **Ausstellung** zum Thema „**Wasser ist Zukunft**“.

Am 13. Dezember findet die **Grundsteinlegung** für das neue Objekt der **DEKRA** statt, womit auch die Neubesiedlung des ehemaligen Junkalorgeländes beginnt. Vom ehemaligen Verwaltungsgebäude wurden einige Stahlträger und Knotenbleche für die Nachwelt gesichert.

In der vorigen Woche fand eine Besprechung in **Vorbereitung auf den 9. März 2013** statt, wenn sich wieder Neonazis für eine Demo in unserer Stadt angemeldet haben. Nach einer Veranstaltung am Bahnhof um 12.00 Uhr, soll ab 13.00 Uhr in der Innenstadt eine Menschenkette gebildet werden, wozu Herr OB Koschig jetzt schon alle Bürgerinnen und Bürger und die Gäste der Stadt aufrufen möchte, daran teilzunehmen. Zur weiteren Vorbereitung wird es im Januar hier im Ratssaal eine Zusammenkunft mit detaillierten Informationen geben.

Am 26. November wurde der diesjährige **Weihnachtsmarkt** hier vor dem Rathaus eröffnet. Er findet wieder großen Zuspruch, Lob und Anerkennung. Das treffe aber auch für die vielen kleineren Märkte und Treffs in den Ortsteilen zu. Herr Koschig richtete sich an die BürgerInnen, den Organisatoren ihre Mühen mit einem Besuch zu danken und sich etwas Muße und Freude inmitten des hektischen Alltags zu gönnen.

Für den heutigen Tag wünschte Herr Koschig einen erfolgreichen Sitzungsverlauf.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Koschig informierte über den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss vom

26. September: „Verkehrliche Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dessau-Roßlau“.

Am 07. November wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Einwohnerfragestunde

Als erstem Einwohner wurde **Herrn Peter Fischer** das Wort erteilt. Dieser bedankte sich zunächst für die Beantwortung auf seine Fragen zu den Investitionsprojekten Industriehafen Roßlau und DHW Rodleben. Am 26. September wurde in nichtöffentlicher Sitzung die Beantragung von Fördermitteln zur Realisierung des genannten Projektes beschlossen. Seine heutigen Fragen beziehen sich allein auf den Hafen:

Auf die Fragen zur Ökonomie der Investition wurde in der Beantwortung pauschal eine jährliche Steigerung des Umschlags von 2 % vorausgesetzt, doch jede Begründung fehlt. Welche Unternehmen werden nach einem Ausbau wie viel mehr Güter im

Hafen umschlagen und liegen von Unternehmensseite konkrete belastbare Zusagen vor, diesen Hafen dann zu nutzen und wenn ja, von welchen?

Der Hafen macht seit 2007 jährlich einen Verlust von 200 T€, er ist also nicht wirtschaftlich. Warum sollten sich nach einem Ausbau der Hafen und seine wirtschaftliche Situation verbessern? Die Gesamtinvestitionssumme soll über 8 Mio. betragen. Laut Info-Vorlage des OB aus dem Jahre 2009 wurden allein für die Kranbahnverlängerung 150 T€ für die Stadt veranschlagt, d. h. man wirft diesen 200 T€ jährlichem Verlust nochmals 150 T€ Investmittel hinterher. Zusätzlich müssen die Folgekosten zur besseren Erschließung des Hafens einkalkuliert werden wie Westumfahrung Roßlau.

Mit dem Ausbau von Häfen wird später meistens der Ausbau von Flüssen gefordert. Das schadet perspektivisch der Elbe als Flusslandschaft und damit dem Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich, weil sich die Elbe durch die kontinuierliche Schotterung in ihrer Urform immer weiter eintieft. Die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Hoffmann bestätigt, dass die Eintiefungstendenz im Anhaltischen seit 1996 massiv ansteigend ist.

An dieser Stelle unterbrach der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** Herrn Fischer. Er wies darauf hin, dass es in der Einwohnerfragestunde darum geht, Fragen zu stellen!

Herr Fischer merkte an, er komme gleich zum Ende und setzte seinen Wortbeitrag fort: Wäre eine Nutzung des Rangierbahnhofes Meinsdorf mit Umschlagplatz nicht Ziel führender? So könnte man die DB einbinden und den Bund damit in die Verantwortung nehmen. Diese Fragen können schriftlich beantwortet werden, erklärte Herr Fischer. Die folgenden Fragen bitte er hier und mündlich zu beantworten.

Auf Seite 20 des Stadtentwicklungskonzeptes wird bis 2025 aus dem Landesentwicklungsplan zitiert, dass man eine Verkehrsverlagerung von Straße und Schiene auf das Binnenschiff anstrebt. Gleichzeitig begründet man in öffentlichen Verlautbarungen die Zielsetzung des Hafenausbaus ...

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner mahnte erneut, zur Fragestellung zu kommen. Herr Fischer könne sicherlich auf ein Schriftstück Bezug nehmen, das Halten von Vorträgen sei jedoch nicht möglich. Er bitte um konkrete Fragestellung.

Herr Fischer fuhr fort, gleichzeitig begründet man in öffentlichen Verlautbarungen die Zielsetzung des Hafenausbaus, dass es zu einer Stärkung der Bahn käme. Er fragte, ob zur Diskrepanz zwischen diesen öffentlichen Verlautbarungen - Stärkung der Bahn - und den internen Zielen des Landesentwicklungsplanes - Schwächung der Bahn, da man ja Waren von der Bahn auf das Binnenschiff verlagern will - Stellung genommen werden kann.

Die zweite Frage würde die Verkehrsberuhigung der Innenstadt betreffen, erklärte **Herr Fischer** weiter. Die Stadt habe beide Fernverkehrsstraßen aus der Innenstadt heraus gelegt, um zu einer Verkehrsberuhigung der Innenstadt zu kommen. Auch der Güterverkehr sollte auf diesen Straßen abgewickelt werden. Wie werde nun der Missstand erklärt, dass in der Kavaliertstraße in Höhe des Hauses des Reisens Hinweisschilder zum Industriehafen Roßlau aufgestellt wurden. Soll damit die Verkehrssituation in der Innenstadt verschärft werden, damit man Druckmittel für den Bau der Ostrandstraße in die Hand bekommt? Wenn ein Beitrag geleistet werden soll, die

Innenstadt vom Verkehr zu entlasten, sollten diese Schilder an den Umgehungsstraßen angebracht werden.

Wie Herr Fischer bereits sagte, könnten die Fragen größtenteils nur schriftlich beantwortet werden, führte **Herr Oberbürgermeister Koschig** aus. Das werde auch getan. Des Weiteren könne er Diskrepanzen nicht erkennen. Erkennbar sei im Industriehafen ein deutlicher Anstieg des Schienenumschlags. Die angesprochene Angelegenheit mit dem Güterbahnhof Meinsdorf seien schöne Wunschträume. Die Bahn-AG habe sich hier anders entschieden und der Güterbahnhof ist stillgelegt worden.

Die durch den Stadtrat beschlossenen Investitionen bedurften eines sehr konkreten und intensiven Nachweises und sind erforderlich, um die Wirtschaftlichkeit des Hafens zu erreichen. Wesentlicher Bestandteil ist die von Herrn Fischer auch zitierte Kranbahn. Durch die Investitionen komme man zu einem besseren Betrieb und damit auch in die schwarzen Zahlen.

Die Einwohnerfragestunde wurde fortgesetzt und **Herrn Peter Kreßner** das Wort erteilt. Dieser kam auf die letzte Stadtratssitzung zu sprechen. Ihm sei versprochen worden, dass seine Anfragen schriftlich beantwortet würden. Das wurde ihm nochmals bestätigt am 5. Dezember von Herrn Dr. Exner und Herrn Hoffmann. Er habe bis heute nichts Schriftliches bekommen, was er hier anmahnen wolle.

Herr Kreßner informierte, er habe auf seinen Antrag an die Obere Denkmalpflege wegen der Y-Häuser eine Antwort erhalten. Hierin werde gesagt, dass man sich bis Jahresende entscheiden will, ob die Y-Häuser denkmalwürdig sind.

Des Weiteren merkte **Herr Kreßner** an, sich erinnern zu können, dass Herr Koschig vor zwei Jahren Herrn Dr. Raschpichler die Arbeit am Kulturentwicklungsplan abgenommen hat. Wenn dies richtig sei, frage er, warum bis heute noch kein Plan vorliegt. Welche Konsequenzen müssen daraus gezogen werden?

Herr Oberbürgermeister Koschig betonte, er habe Herrn Dr. Raschpichler nicht die Arbeit am Kulturentwicklungsplan weggenommen. Die Stadtverwaltung sei an der Bearbeitung des Kulturentwicklungsplanes, wobei man allerdings nicht im Zeitplan liege, sondern etwas hinterher sei, aber der Kulturentwicklungsplan war auch erst für das Jahr 2013 vorgesehen. Man sei mit der Bestandsanalyse so weit durch, dass man in die nächsten Schritte gehen könne, allerdings bedarf diese auch einer weiteren Überarbeitung. Es sei nicht ganz einfach, mit den vielen ehrenamtlichen Vertretern in den Vereinen und Kultureinrichtungen im Gespräch zu sein und entsprechend Zuarbeiten zu bekommen. Damit sei das Kulturamt weiter beschäftigt. Dennoch wurde in der letzten Klausurtagung des Projektbeirates beschlossen, die nächsten Schritte in den Handlungsempfehlungen zu gehen.

Zur Erläuterung teilte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** mit, dass es nach der letzten Stadtratssitzung ein persönliches Gespräch des Präsidiums mit Herrn Kreßner am 5. Dezember gab. Herr Kreßner habe im Verlauf dieses Gesprächs gesagt, dass er seine öffentlich gestellten Fragen auch öffentlich beantwortet haben wolle. Herr Dr. Exner habe daraufhin ein Schreiben an den Oberbürgermeister diktiert, welches im Verlaufe der Woche noch an Herrn Koschig gehe. Dann werden auch die Fragen entsprechend durch Herrn Koschig beantwortet werden.

Herr Ginzkey, wohnhaft Alte Leipziger Straße 13, unterbreitete zur „Bauhausstadt Dessau“ Vorschläge. Für ihn gestalte sich die Problematik einfach: Die City selbst heißt Bauhausstadt Dessau, wie es auf den Bahnsteigen bereits steht. Dann habe man noch Dessau-Mildensee, Dessau-Waldersee, Dessau-Törten (1937), Dessau-Haideburg, Dessau-Süd, aber auch Dessau-Roßlau. Dessau-Roßlau bleibt Dessau-Roßlau, man brauche noch nicht einmal die Schilder zu verändern. Dann haben wir Dessau-Ziebigk, Dessau-Großkühnau, Dessau-Kleinkühnau, Siedlung und Dessau-Mosigkau, Dessau-Kochstedt und Dessau-Alten. Dies sei seine Version und er frage, ob dies so gemacht werden kann.

Weiterhin bezog sich Herr Ginzkey auf die Schwimmhalle. Der Oberbürgermeister habe den Vorschlag an der Mulde gemacht, was aber nicht genehmigt würde durch die Untere Wasserbehörde. Es wäre der günstigste Standort an der Alten Schadebrauerei, diese abzureißen, oder Ecke Amalienstraße/Johann-Meier-Straße, wo die alte Schwimmhalle von der Fine war, diese abzureißen. Dort liege alles an, wie Strom, Dampf usw. Auch gibt es hier die Anbindung der Straßenbahn und Bus.

Als dritte Angelegenheit sprach Herr Ginzkey die Rundbogenhalle an. In der Mittwoch-Zeitung hatte gestanden, dass in Köthen auf dem ehemaligen Flugplatz der sowjetischen Streitkräfte auch eine Rundbogenhalle ist. Es seien schon die Schrauben gelöst, Herr Ginzkey habe aber gesehen, die Stäbe sind immer noch da. Als alter Konstrukteur könne er sagen, auch die Halle bei Junkalor, wenn diese auseinanderggebaut würde, bekomme man sie nicht wieder zusammen, da dort Spannungen drin seien.

Nach diesem Beitrag fragte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** nach weiteren Wortmeldungen. Diese gab es zunächst nicht, so dass er die Einwohnerfragestunde beenden wollte. In der Folge meldete sich nochmals **Herr Peter Kreßner**, um noch einige Fragen zu stellen.

Herr Kreßner erhielt das Wort. Er fragte nach, ob es bekannt sei, dass am heutigen Tage ein Hugo-Junkers-Preis in Magdeburg vergeben werden soll und ob ein Vertreter aus Dessau bei der Vergabe des Preises dabei ist.

Diese Frage wurde dahingehend beantwortet, dass die Veranstaltung bekannt ist und seitens der Stadt Frau Czekalla aus dem Sachgebiet Wirtschaftsförderung teilnimmt. **Herr OB Koschig** ergänzte, dass es sich um den Hugo-Junkers-Innovationspreis handelt, der vom Land vergeben wird.

Herr Kreßner erweiterte seine Frage, was für diesen Preis seitens der Stadt Dessau eingereicht wurde. Er äußerte die Vermutung, dass vielleicht der Abriss von Junkalor eingereicht wurde. Hier fragte er nach, was mit der Immobilie oder dem Grundstück von Junkalor passiert, ob es einen neuen Investor gibt bzw. wie es dort weitergeht auch mit der Rundbogenhalle.

Herr OB Koschig merkte an, darüber habe er bereits heute in seinem Bericht gesprochen. **Herr Beigeordneter Hantusch** ergänzte, Herr OB Koschig habe berichtet, dass ein Unternehmen am morgigen Tag seine Grundsteinlegung hat (DEKRA). Mit anderen Unternehmen sei man in Verhandlungen. Herr Hantusch bat um Verständnis, dass nicht eher etwas darüber gesagt werden kann, bevor man diese Verhandlungen nicht abgeschlossen hat.

Er empfinde es als bezeichnend für das demokratische Bild, welches die Stadt abbildet, dass alles im Geheimen in geschlossenen Veranstaltungen stattfindet, resümierte **Herr Kreßner**. Der Bürger werde zuletzt informiert und soll die Kosten tragen. Hier müsste langsam ein frischer Wind wehen.

Als nächste Angelegenheit sprach Herr Kreßner die Ausstellung „Anhalt International“ an. Herr Koschig habe diese als vollen Erfolg dargestellt. Er sehe das überhaupt nicht so. Er fragte, wie viel dies gekostet habe und was eingenommen wurde.

Herr Oberbürgermeister Koschig entgegnete, die konkreten Zahlen habe er jetzt nicht parat, es waren etwa 600 T€ Ausgaben und wir hatten etwa 6 oder 7 Tausend Besucher.

Hier sei etwas sehr schief gelaufen, erklärte **Herr Kreßner**. Er selbst war freitagnachmittags vom Verein Anhaltische Landeskunde dort und die Leute, die dort erschienen, könne man an einer Hand abzählen. Er fragte, woran dies lag und warum das Management versagt hat.

An Herrn Kreßner gewandt, mahnte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**, die Fragestunde nicht in Beschimpfung der Verwaltung ausarten zu lassen. Er kommentiere seine Fragestellung im nächsten Schritt in dieser Richtung.

Herr Kreßner merkte an, wenn er schildere, was ihm passiert sei, gehe ihm der Hut hoch bei dem, was in der Stadtverwaltung läuft. (*Weitere Bemerkungen wurden durch das Mikrofon nicht erfasst und waren nicht verständlich.*)

Herr Manfred Hoffmann, wohnhaft im Schochplan 58, erhielt das Wort. Er richtete sich an den Stadtrat und seinen Vorsitzenden und merkte an, Herr Dr. Exner habe angemerkt, heute großzügig in der Fragestunde zu verfahren. Er frage sich aber, wie lange sich der Stadtrat noch gefallen lässt, dass die Fragestunde nicht genutzt wird, um Fragen zu stellen, sondern um Meinungsäußerungen und Beschimpfungen vorzubringen.

Dies war sicherlich eine rhetorische Frage, stellte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** fest. Er sei bei den Bürgern großzügiger als bei den Mitgliedern des Stadtrates, damit auch zur Geltung kommt, worum es den Bürgern geht und wohin ihre Fragen tendieren. Jedoch genau deshalb sei er jetzt auch eingeschritten, weil er will, dass man sachlich miteinander umgeht. Man könne eine Frage stellen, kommentieren jedoch könne man anderswo.

Aus dem Sitzungssaal heraus rief **Herr Kreßner** Herrn Dr. Exner zu, dass es hier etwas demokratischer ablaufen sollte, **Herr Dr. Exner** betonte ausdrücklich, diesen Vorwurf lasse er sich nicht sagen. Hier habe jeder die Möglichkeit, seine Meinung kund zu tun und seine Fragen zu stellen. Gewisse Dinge werde er aber nicht zulassen.

Der Tagesordnungspunkt wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates geschlossen.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen
6.1 Prozessoptimierung zur Ausführung des Bildungs- und Teilhabe-
paketes in Dessau-Roßlau
durch Arbeitshinweise bzw. Richtlinienergänzungen
Vorlage: DR/IV/072/2012/V

Es gab keine Nachfragen. Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Bericht des Klimaschutzmanagers
zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: DR/IV/066/2012/VI-83

Es gab keine Nachfragen. Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab eine Information zum Neuen Wasserturm. Im Frühjahr war die Laterne heruntergehoben worden und sie sollte natürlich in diesem Jahr wieder aufgebracht werden. Leider haben sich die Ausschreibungen und Arbeiten etwas verzögert. Es gab Schwierigkeiten beim Krangleistungstermin und dieser könnte erst am 21. Dezember frei werden. Deshalb habe man sich entschieden, diese Arbeiten erst im März vorzunehmen. Die Laterne ist jedoch fertig, sie konnte mit einem großen Kostenaufwand restauriert werden.

Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender, wolle an eine Frage erinnern, in der Hoffnung, dass sich inzwischen etwas geklärt hat. Am Freitag habe es im Zusammenhang mit der Fahrplanumstellung eine Zugtaufe gegeben. Es gibt jetzt in Verbindung mit dem Einsetzen dieser neuen Talent 2-Züge wieder eine schnellere Verbindung nach Berlin bis zum Hauptbahnhof und vielleicht auch einmal zum neuen Flughafen. Was Herrn Hoffmann interessiere sei, man habe sich schon seit einigen Tagen bemüht zu erfahren, mit wem in der Verwaltung dies besprochen wurde a) dass es gemacht wird und b) dass der Zug so heißt. Bisher treffe er nur Leute - bis in die Landespolitik hinein, die von nichts wissen.

Bisher habe niemand mit der Stadtverwaltung gesprochen, erklärte **Herr OB Koschig**. Erst am Dienstag habe man von der Deutschen Bahn erfahren, dass es diesen Termin gibt. Zu dem Zeitpunkt waren alle Terminkalender längst gefüllt. Herr Koschig habe inzwischen auch an den Beauftragten der DB AG, Herrn Paul, geschrieben, um klarzustellen, dass es nicht in unserem Verschulden liegt, dass weder er, noch der Bürgermeister oder ein Beigeordneter anwesend war und wir nicht in die Vorbereitung dieses Termins, auch nicht in die Namensgebung involviert waren. Herr OB Koschig sei jedoch mit der Namensgebung sehr einverstanden, dass zwischen Dessau-Roßlau und der Bundeshauptstadt jetzt ein Zug mit dem Namen Dessau-Roßlau fährt.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, informierte darüber, dass in der Stadt Dessau-Roßlau ein anderes Konzept im Zusammenhang mit Asylbewerbern eingerichtet wurde. Die DWG hat im Verbund mit dem Sozialamt eine Lösung gefunden, nämlich

nicht mehr zentriert in Heimen unterzubringen, sondern in Wohnungen innerhalb des Gebietes der Stadt. Dieses Konzept hat sich als sehr erfolgreich erwiesen, insbesondere weil die Mitarbeiter der DWG mit den Anwohnern erst sprechen, bevor Wohnungen bereitgestellt werden. Dies ist ein beispielhaftes Vorgehen, weitere Städte haben sich bei uns erkundigt. Es zeigt ganz deutlich, dass wir hier in der Stadt nicht von Fremdenfeindlichkeit dominiert werden, sondern dass die Bürger eher bereit sind, notgedrungene Menschen, die Flüchtlinge sind, hier aufzunehmen und innerhalb der Stadt zu beherbergen. Das ist ein deutliches Zeichen entgegen manch anderen Behauptungen, dass wir hier mit Fremdenfeindlichkeit gesegnet wären. Eigentlich habe er erwartet, dass dies über die Verwaltung kommuniziert wird, nun habe er es aber getan.

Die Arbeit des Klimaschutzmanagers in der Stadt habe viel Positives bewirkt, stellte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, seinem Beitrag voran. Dies sei heute etwas durch den vorgelegten Bericht untergegangen, sollte aber im Stadtrat etwas ausführlicher gewürdigt werden.

Des Weiteren gab es im Sozialausschuss zwei Vorlagen, bei denen Herr Giese-Rehm unsicher sei, wie damit umgegangen werden soll. Dies seien die Vorlagen „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ zur Umsetzung des Familienintegrations-teams und "Sozialleistungsträger kooperieren - junge Menschen profitieren" Arbeitsbündnis Jugend und Beruf. Wie er erfahren habe, gibt es in beiden Feldern schon länger arbeitende Strukturen. Ihm sei aufgefallen, dass in diesem Feld der Jugendhilfeausschuss überhaupt nicht beteiligt ist, was ihn verärgert. Deshalb bitte er Herrn Dr. Raschpichler, dass nach einem halben Jahr eine ausführliche Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss dazu erfolgt, so dass dort weiter daran mitgearbeitet werden kann. Da verschiedene Bildungswerke, Auftragnehmer des Jobcenters und der Arbeitsagentur, Schulen usw. bereits in dem Feld tätig sind, wäre es interessant, wie dies miteinander wirkt.

Was den Klimaschutzmanager anbelangt, sei man mit Herrn Willecke gut besetzt, erklärte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner**. Deshalb habe er auch einmal angeregt, dass er hier im Stadtrat berichtet. Dies sei nun in schriftlicher Form erfolgt, er wolle aber nochmals anregen, dass er zu gegebener Zeit hier im Haus berichtet.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte fest, im Rahmen der Diskussion um den Kulturentwicklungsplan komme er mit der Definition Neutralisation oder Neutralisierung von Ergebnissen nicht zurecht. Deshalb erbitte er vom Oberbürgermeister eine Erklärung. Hinzu kommt, dass man einen gewissen Entwicklungsstand hat, es gab eine Zwischenberichterstattung und erste Ansätze dessen, wo Fragen gesetzt wurden, was der jetzige Entwicklungsstand eigentlich auch nicht ausleuchtet. Es sollte in den nächsten Tagen dazu über die weiteren Schritte informiert und vielleicht ein Termin genannt werden, wann mit der Vorlage in den Fachausschüssen bzw. im Rat zu rechnen ist.

Eine weitere Bitte gehe in Richtung Klimamanagement. Der Verantwortliche der Stadt habe im Fachausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt berichtet. Hier gab es einen Knackpunkt, dass wir jetzt daran sind, das Programm der Folgejahre zu untersetzen. Dazu erbitte Herr Schönemann seitens der Verwaltungsspitze die entsprechende Schwerpunktsetzung und eine Information, wie die gute Arbeit fortgesetzt werden kann. In der Regel sei dies ja mit Fördermitteln verbunden, die anhand von klar definierten Projekten erfolgen. Hier sollte man nicht an Tempo verlieren.

Zum ersten Teil der Anfrage: die Bestandsanalyse, ein 200-Seiten-Papier, müsste eigentlich allen Stadträten zur Verfügung stehen, führte **Herr OB Koschig** aus. Im Kulturausschuss wird regelmäßig in jeder Sitzung über den Fortgang der Kulturentwicklungsplanung informiert. „Neutralisieren“ ist ein Begriff, der im Projektbeirat geprägt wurde. In die Bestandsanalyse sind alle Zuarbeiten aus den Vereinen und von den Kulturträgern eingegangen, ohne redaktionelle Überarbeitung. Das heißt, wir haben knapp gehaltene, doch sehr die Objektivität zustrebende Informationen drin und haben z. T. auch sehr breit ausladende Prosa und Epik. Dies haben wir jetzt auf einen gleichmäßigen Stand zu bringen, dass die Informationen dann auch übersichtlich für den Leser sind. Das ist mit dem Begriff „neutralisieren“ gemeint. Die Moderatoren werden am 4. Februar die Lenkungsgruppe informieren, am selben Tag wird es auch die nächste Sitzung des Projektbeirates geben.

Weiteren Anfrage- und Informationsbedarf gab es nicht. Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

7 Beschlussfassungen

7.1 Wahl von stimmberechtigten Abgeordneten und Gästen für die Teilnahme an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main Vorlage: DR/BV/394/2012/I-OB

Infolge der Änderung schon benannter Kandidaten war eine Korrektur der Stimmzettel erforderlich und wurde vorgenommen. Wiederum nach Fertigstellung der Stimmzettel erfolgte eine Nachbenennung seitens der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen und die Stimmzettel wurden neu erstellt. **Herr OB Koschig** verwies in dem Zusammenhang darauf, dass im Haupt- und Personalausschuss darum gebeten wurde, die Meldungen **vor** der Sitzung im Büro des Stadtrates abzugeben.

Der Tagesordnungspunkt wurde zunächst zurück gestellt und erneut nach dem TOP 7.6 aufgerufen. Die Ausgabe der Stimmzettel erfolgte und der Wahlakt durchgeführt. Herr Stadtratsvorsitzender erläuterte dazu die Formalie, wonach zwei Stimmen abzugeben waren. Die beiden Kandidaten, auf die die meisten Stimmen entfallen, sollen als stimmberechtigte Abgeordnete an der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Frankfurt/Main teilnehmen. Die weiteren zwei nehmen als Gäste ohne Stimmberechtigung daran teil.

Als Wahlkommission wirkten Frau Ehlert, Frau Angela Müller, Herr Tonndorf und Herr Glathe. Diese nahmen während der Auszählung der Stimmzettel an den folgenden Tagesordnungspunkten (7.7 und 7.8) nicht teil.

Nach dem TOP 7.9 gab **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	37
Ungültige Stimmen:	4
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:	
Herrn Heinz Bierbaum	18
Herrn Andreas Schwierz	11
Frau Angela Müller	10
Herrn Stefan Giese-Rehm	8
Herrn Klaus Tonndorf	4

Herr Bierbaum und Herr Schwierz wurden als stimmberechtigte Abgeordnete gewählt. Als Gäste nehmen Frau Müller und Herr Giese-Rehm an der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages teil.

Abstimmungsergebnis: lt. Wahlergebnis

**7.2 Wiedervorlage: Abriss Y-Haus Friedrichstraße 17
Vorlage: DR/BV/351/2012/SPD**

Der TOP war von der Tagesordnung genommen worden.

**7.3 Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer
Kindertagesstätten
Vorlage: DR/BV/250/2012/I-DKT**

Der Beschluss zur Vorlage wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**7.4 Wirtschaftsplan 2013 des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: DR/BV/346/2012/I-SKD**

Der Wirtschaftsplan des Städtischen Klinikums 2013 wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**7.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2013
Vorlage: DR/BV/190/2012/II-EB**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2013 wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**7.6 Maßnahmebeschluss zum Bau einer Biovergärungsanlage
am Standort der Abfallentsorgungsanlage
Vorlage: DR/BV/362/2012/II-EB**

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erläuterte, heute liege das Ergebnis einer einjährigen intensiven Arbeit vor. Sie verwies auf die einzelnen Schritte, beginnend mit der Machbarkeitsstudie, die vom Betriebsausschuss in Auftrag gegeben wurde, im nächsten Schritt die Erstellung eines Geruchsimmissionsgutachtens und daraufhin die Einarbeitung neuer Erkenntnisse in die Machbarkeitsstudie. Weiterhin habe man die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie durch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung verifizieren und eine Organisationsuntersuchung nach der steuerrechtlich und wirtschaftlich vernünftigsten Organisationsform durchführen lassen.

In diese Verfahren wurde der Betriebsausschuss konsequent und regelmäßig einbezogen. Alle Ergebnisse wurden Schritt für Schritt präsentiert, zuletzt erfolgte die Ver-

gabe der Planungsleistungen für die Planungsphasen 1 und 2, so dass heute auch die Kostenschätzung hier vorliegt.

Im Ergebnis dieses Prozesses hat der Betriebsausschuss in seiner letzten Sitzung die einstimmige Beschlussempfehlung abgegeben, dass der Eigenbetrieb in Eigenregie eine Bioabfallverwertungsanlage, hier im Sinne Vergärung, errichtet und betreibt. Das Investitionsvolumen soll 7,1 Mio. € betragen. Diese Investition ist ausschließlich gebührenfinanziert, weder Kreditaufnahmen noch Fördermittel sind vorgesehen.

Die künftigen Behandlungsposten werden sich zwischen rund 33 und 45 Euro bewegen, das ist das Niveau der derzeitigen Kosten für eine einfache Kompostierung. Frau Bürgermeisterin Nußbeck erinnerte daran, dass noch vor 5 Jahren über 100 Euro pro Tonne bezahlt wurden. Die Anlage wird eine Kapazität von rund 14.500 t pro Jahr haben, das entspricht dem durchschnittlichen Aufkommen an Bioabfall der letzten Jahre. Der Eigenbetrieb wird damit weitgehend preisunabhängig von evtl. Steigerungen bei der Bioabfallverwertung sein. Aus diesem Grunde bat Frau Nußbeck um Zustimmung zu dieser wegbereitenden Investition.

Diese Entwicklung wertete **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, als sehr erfreulich. Allerdings habe man lange gebraucht, bis der Schlusspunkt gesetzt wurde. Deshalb habe er die Bitte - im Zusammenhang mit solchen Anlagen entstehen ja auch Befindlichkeiten - dass wir diesen Prozess auch so konstruktiv in der Öffentlichkeit begleiten, dass wir uns nicht vorwerfen lassen, wir hätten die Bürger nicht rechtzeitig informiert. Dies war bisher auch nicht der Fall, man hatte eine vernünftige Offenlage, es sei aber besser in die Offensive zu gehen, als später Dinge zu erklären, die eigentlich nicht erklärt werden müssten. Mit dem Thema sollte also sensibel umgegangen werden.

Eine Nachfrage stellte **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**. In der Vorlage werde auch die gutachterliche Stellungnahme zur Geruchsimmission benannt, es ist aber nicht ein Satz zu der Aussage dieses Gutachtens enthalten. Deshalb bitte sie, dass zwei Sätze zu dem Ergebnis dieser Studie gesagt werden und man ihr im Nachgang des Stadtrates dieses Gutachten zukommen lasse.

Im Gutachten ist die Grundaussage, dass die Anlage an diesem Standort unbedenklich ist, erwiderte **Frau BM Nußbeck**. Allerdings benötigt sie für die Kompostierung eine Einhausung. Weil dies ein zusätzlicher Investitionsaufwand ist, wurden auch die Machbarkeitsstudie und die Wirtschaftlichkeitsberechnung dahingehend aktualisiert.

Die Vorlage wurde zur Abstimmung gestellt und einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.7 Änderung der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung) Vorlage: DR/BV/353/2012/II-37

Der Änderung der Gebührensatzung im Rettungsdienst wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

7.8 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe - Rückerstattung des überzahlten Zusatzbetrages für die Schülerbeförderung an das Landesverwaltungsamt
Vorlage: DR/BV/354/2012/V-40

Die Genehmigung zu der außerplanmäßigen Ausgabe wurde einstimmig erteilt.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

7.9 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zum Defizitausgleich des Eigenbetriebes DeKiTa aus dem Jahresabschluss 2011 und Defizitausgleich 2012
Vorlage: DR/BV/366/2012/V-51

Der Stadtrat stimmte der überplanmäßigen Ausgabe mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

7.10 Ziel- und Aufgabenstellung zur Überarbeitung des Entwurfs des Bebauungsplans (BP) Nr. 114-A "Hochschule Anhalt (FH)"
Vorlage: DR/BV/314/2012/VI-61

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

7.11 Zusammenführung der Meisterhäuser mit der Stiftung Bauhaus Dessau
Vorlage: DR/BV/389/2012/II

Frau Bürgermeisterin Nußbeck legte einfürend dar, am 11. Juli 2012 wurde mit dem Stadtratsbeschluss zum Masterplan Bauhausstadt im Punkt B Ziele, Nr. 8, der Beschluss gefasst, die Meisterhäuser mit der Bauhausstiftung zusammenzuführen. Gleichzeitig ist dies auch ein Haushaltskonsolidierungsvorschlag, mit dem ab dem Jahr 2013 planmäßig 138 T€ jährlich eingespart werden sollen, alternativ eine bessere FAG-Ausstattung.

Warum dieser Beschluss heute so wichtig ist, begründete Frau Nußbeck darin, dass mit der heutigen Absichtserklärung lediglich die Voraussetzungen bilanziell geschaffen werden, diese Zustiftung im nächsten oder übernächsten Jahr zu vollziehen. Ab 1. Januar 2013 wird die Doppik eingeführt und damit wird es eine Eröffnungsbilanz geben. In dieser Eröffnungsbilanz wird unser gesamtes Vermögen dargestellt und wenn wir nach dem 1.1.2013 Vermögen unentgeltlich abgeben, führt das zu Verlusten. Diese Verluste sind künftig zu konsolidieren. Vor diesem Hintergrund wolle man mit der heutigen Absichtserklärung zunächst bewirken, dass wir vorausschauend Rückstellungen bilden für Drohverluste aus dem Buchverlust, damit im nächsten oder übernächsten Jahr die Zustiftung vollzogen werden kann. Frau Nußbeck betonte, sie werde nicht mit diesem Beschluss vollzogen, sondern hiermit werden nur die bilanziellen Voraussetzungen geschaffen.

Mit dem Punkt 6 auf der letzten Seite der Absichtserklärung wird die Verwaltung bzw. der Oberbürgermeister ermächtigt, eine Finanzierungsvereinbarung abzuschließen, die unbedingt noch in diesem Jahr abgeschlossen werden muss, damit das Land die Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre in Höhe von 250 T€ Zuschuss zur Betreibung der Meisterhäuser freigibt. Wenn die Finanzierungsvereinbarung in diesem Jahr nicht abgeschlossen wird, können die 250 T€ vom Land nicht fließen. Dies ist der Grund, warum noch in diesem Jahr diese Beschlusslage herbeigeführt werden soll, obwohl wir sie erst im nächsten Jahr sukzessive vollziehen wollen.

Selbstverständlich wird die Zustiftungsurkunde eine gesonderte Beschlusslage in diesem Haus notwendig machen. Wenn diese beiden Dinge, Absichtserklärung und der Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung, nicht in diesem Jahr erfolgen, ist der Weg für eine künftige Zusammenführung dauerhaft versperrt. Umgekehrt bleibt er eröffnet, ist aber noch nicht vollzogen.

Wenn es nicht dazu kommt - abgesehen von der Blamage als Bauhausstadt, dass dem Bekenntnis keine Taten folgen - passiert folgendes, erklärte Frau BM Nußbeck weiter. Die Stadt als alleiniger Betreiber der 7 Meisterhäuser muss mindestens 200 T€ allein für die Betriebskosten (Strom, Heizung, Wasser, Abfall etc.) aufbringen, zuzüglich der Abschreibungen in Höhe von bis zu 100 T€ jährlich und der Kosten für eine inhaltliche Bespielung. Das heißt, wir reden insgesamt von 300 bis 400 T€ Kosten für die Betreibung der 7 Häuser, wenn wir dies allein tun. Ohne diese Vereinbarung sind weitere Investitionen für die Innenausstattung in Höhe von 1,6 Mio. € zumindest in Frage gestellt.

Frau BM Nußbeck bestätigte, das Ziel der Haushaltskonsolidierung wird so nicht erreicht, aber dies sei ihres Erachtens schon eine Frage der Sichtweise. Wenn die Stadt diese Häuser allein betreibe, dafür bis zum 400 T€ aufbringen müsse und sie sich nun mit der Vereinbarung nur noch zu 200 T€ verpflichtet, haben wir immerhin auch 200 T€ gespart. Und dies sei das, was in unserem Haushaltskonsolidierungskonzept auch nur drin steht: 138 T€

Ja, wir verlieren den Zugriff auf die Häuser, aber was haben wir bisher mit den Möglichkeiten, die wir hatten, erreicht, fragte **Frau Nußbeck**. Die vorhandenen Meisterhäuser sind in einem Zustand, der in den nächsten Jahren auch einen erheblichen Unterhaltungsaufwand fordert. Ihres Erachtens ist die Stiftung Bauhaus prädestiniert, diesen „Rohdiamanten“ zu wirklichem Glanz zu verhelfen.

Zur Vorlage wurden am heutigen Tage Austauschblätter bzw. zusätzliche Unterlagen ausgereicht, weil die Erklärung als Stadt erst abgegeben werden muss, um die bilanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Mit dieser Absichtserklärung wollen wir gleichzeitig aber schon unsere Rahmenbedingungen formulieren. Deshalb wurde die Vorlage dahingehend angepasst. Die Anlage 2 „Absichtserklärung“ ist vollständig auszutauschen. Zusätzlich habe Frau BM Nußbeck eine Anlage 4 beigefügt, damit man den Kostenplan der Bauhausstiftung für die Betreibung der 7 Häuser ab 2013 (dies wird aber so nicht kommen), also die Untersetzung der 450 T€ ansehen kann.

Frau BM Nußbeck bat um die Zustimmung des Stadtrates, weil es für sie auch eine Frage der Glaubwürdigkeit und der Verlässlichkeit ist.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, warb ebenfalls für die Zustimmung zur Vorlage. Frau Nußbeck habe sehr ausführlich den wirtschaftlichen Hintergrund dargestellt und dies auch haushalterisch begründet. Er lenkte dazu die Sicht auf die Museumsstruktur. Die Meisterhäuser wurden in den Jahren ihrer Restaurierung und Wiederbespielung

sehr umfangreich wahrgenommen. Man habe auch wahrgenommen, dass man als Stadt nicht die Kraft hat, die Häuser dauerhaft zu erhalten, zu pflegen und auch zu nutzen. Mit den uns jetzt eingeräumten Möglichkeiten, diese Stiftungen zu vereinen, wird eine Kraft entstehen, die auch in der Lage ist, diese Liegenschaft zu bespielen. Darin sehe Herr Hartmann eine riesige Chance. Dies sei Wirtschaftsförderung für unsere Stadt. Z. B. ist in Halle das Museum für Ur- und Frühgeschichte, was die großen Besucherzahlen hat, kein städtisches Museum. Das Händelhaus ist eine Stiftung, die Galerie Moritzburg ist auch eine Einrichtung, die als Stiftung funktioniert. Das sind die Zugpferde dieser Stadt. So ähnlich müssen wir es auch bei uns verstehen. Es ist Wirtschaftsförderung, wenn wir in diese Häuser Leben bringen, sie gemeinschaftlich durch das Bauhaus bespielen lassen und wir in unserem Kulturentwicklungskonzept zielgerichtet auch andere Schwerpunkte ausarbeiten können.

Zu dem Thema äußerte sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, kritisch. Durch die Erfahrungen der letzten Tage sei er mehr als zerrissen. Richtig ist, dass mit dem Masterplan Bauhausstadt ein deutliches Zeichen in eine bestimmte Richtung gesetzt wurde. Er wurde aber selbst mit den Veranstaltungen, die Herr Schönemann erlebt habe, nicht untersetzt. Es wurden eher Bedenken transportiert, wobei man sich im Grundsatz einig ist, dass der Masterplan etwas Vorzügliches sein soll und auch ist.

Nun komme er aber an einen Punkt, an dem er Frau Nußbeck nicht unterstützen könne. Es ist richtig, dass die Meisterhäuser sog. Rohdiamanten sind, aber sie sind bereits Diamanten. Er wolle unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, was bisher mit den Möglichkeiten, die die Stadt hatte, mit den Meisterhäusern im Kulturbereich geschehen ist. Man würde sich selbst zurücksetzen. Natürlich sind unsere Möglichkeiten und Mittel begrenzt. Wir könnten sicherlich dieses Ensemble zu einer besonderen neuen Blüte führen im gemeinsamen Wirken.

Sein Problem sei folgendes, führte **Herr Schönemann** weiter aus, die Diskussionen sowohl um die Standorte u. a. m., wie sie gegenwärtig geführt werden, nehmen zu einem sehr späten Zeitpunkt den Kontakt zur Stadt selbst auf. Wir sind jetzt informiert über die innere Diskussion, waren lange außen vor. Er habe sich eigentlich im Zuge des Masterplans ein Stück weit etwas Anderes vorgestellt, dass es eine bessere und attraktivere Kooperation auf Augenhöhe gibt. Er habe aber einige Befindlichkeiten, wenn er die Dinge in eine Richtung polarisiere und halte es für unbedingt wichtig, dass die gebildete Struktur, auch zur Umsetzung des Masterplanes, zunehmend trägt und inhaltlich auch greift. Der Oberbürgermeister wirbt für diese Idee, Herr Schönemann habe aber wahrgenommen, dass darüber hinaus aus den Veranstaltungen der letzten Jahre keinerlei Zuwachs an Erkenntnissen und Aktivitäten auf diesem Gebiet zu verzeichnen sind und der verantwortliche Beauftragte noch nicht zur Wirkung kommen konnte.

Die ungeklärten Dinge werfen die Frage auf, was am Ende eine solche Abgabe wert ist. Er sei der Auffassung, dass es schon etwas schwierig ist, die Haushaltskonsolidierung in Verbindung mit dem Masterplan Bauhausstadt in dieser Art zu bedienen. Sicherlich stehe man unter Zugzwang, man ist dem entsprechenden Abkommen beigetreten und habe dort kaum Spielräume, aber für die inhaltliche Ausgestaltung dies zum Knackpunkt zu machen, fühle er sich benutzt.

Nach der Diskussion in der Fraktion sei man zu der Erkenntnis gekommen, dass eine Zweckgemeinschaft der Gesamtinteressenslage aller Beteiligten für die Bauhausstadt die zweckdienlichste Struktur wäre. Hier komme es darauf an, wer bringt etwas

ein. Momentan habe man einen sehr geringen Anteil auch im Stiftungsbeirat der Stiftung Bauhaus Dessau. Es kommen viele Fragezeichen und Unsicherheiten der letzten Tage auf ihn zu, wo er nicht Klarheit habe, wo das einmal hinführt. Insofern sei er nicht so euphorisch wie Herrn Hartmann. Er würde lieber erhobenen Hauptes einen würdigen Beitrag zur Entwicklung des Masterplanes als Stadt Dessau-Roßlau selbst leisten und diese Aufgaben nicht permanent an andere weiterreichen, damit am Ende auch der Rohdiamant durch ein Mitwirken der Stadt Dessau-Roßlau zu dem wird, was wir uns vorstellen. Er sehe die Chance nach wie vor, aber er könne der Intention der heutigen Beschlussvorlage nicht folgen.

Herr Weber, CDU-Fraktion, brachte sein Erstaunen zum Ausdruck. Herr Schönemann habe Fragen gestellt und Frau Bürgermeisterin Nußbeck hat Antworten gegeben, Realitäten benannt und auch gesagt, warum es zu keinem anderen Zeitpunkt geht, als diese Beschlüsse jetzt zu fassen. Man habe in den letzten Jahren sehr aufmerksam diese Option der Übergabe der Meisterhäuser an die Stiftung besprochen. Das habe er nicht leichtfertig getan und die Hand nicht nur gehoben, weil es um Geld geht, sondern auch im Verantwortungsbewusstsein, dass die Zusammenführung der Meisterhäuser in der Stiftung Sinn macht. Frau Nußbeck hat auch die Zwänge benannt, die keinen anderen Zeitpunkt für den Beschluss offen lassen.

Es sei im Wesentlichen an uns selbst, was wir aus dem Masterplan machen und was wir unternehmen, um das Bauhaus mit Leben zu erfüllen, bemerkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Die Stadt Dessau-Roßlau sei nicht unwesentlicher Partner in der Stiftung, formal mit 5 %. Man könne das mit 1 % betreiben und könne daraus eine Arbeitsbeteiligung von 15, 20, 50 % machen, was umgesetzt werden müsste. Wer sagt, man habe es in den Jahren nicht geschafft, daraus mehr zu machen, müsse sich an die eigene Nase fassen, denn darauf komme es an. Bekenntnisse hatte man genug. Der Zeitpunkt ist da, diesbezüglich etwas umzusetzen, was man heute tun sollte.

Herr Beigeordneter Hantusch erklärte, es gehe heute darum, dass jeder seine Erfahrung einsetzt, aber auch eine Einschätzung abgibt, was auch Herr Schönemann getan hat. Er selbst gehe nicht auf Konfrontation mit Frau Nußbeck, er habe seine Bedenken schon in der OB-Dienstberatung angemeldet. Und das auch schon, als Frau Nußbeck das erste Mal die Meisterhäuser, das Georgium usw. auf die Konsolidierungsliste, damals Blut- und Tränenliste gesetzt hat.

Sachlich begründend wolle er jetzt nicht darauf eingehen, dass die Konsolidierung so nicht greift, weil es eine monetäre Betrachtungsweise sei. Die Stadt Dessau-Roßlau hat ein großes Vermächtnis aus der Vergangenheit mit der Moderne, mit den ganzen Stätten, die wir hier in der Bauhausstadt, in der Stadt von Junkers usw. haben. Seines Erachtens sollte man damit sorgfältig umgehen. Das könne man nur, wenn man sich bewusst macht, was das für ein Erbe ist und wenn man selbst damit umgeht, oder zu sagen, das ist der Beitrag von Frau Nußbeck, man gibt es woanders hin.

An Herrn Hartmann gewandt, erklärte **Herr Hantusch**, es sei richtig, dass man in den vergangenen Jahren nicht viel daraus gemacht hat. Nicht richtig ist, dass wir kein Geld zur Verfügung haben. Er erinnere an den Haushalt mit 280 Mio. €. Es sei immer die Frage, wie das Geld eingesetzt wird. Soll man jetzt dahin gehen, dass man einerseits sagt, wir machen den Masterplan Bauhaus und auf der anderen Seite gibt man ein Pfund aus der Hand, was das eigentlich darstellt.

Herr Hantusch rief in Erinnerung, dass der Bund mit 50 %, das Land mit 45 % und die Stadt lediglich mit 5 % an der Stiftung beteiligt seien. Er legte die Situation der letzten Stiftungsratssitzung dar. Hier standen Minister Dorgerloh seitens des Landes mit 45 % und die Beauftragte des Bundes mit 50 %. D. h., dort standen 95 % und haben 15 Minuten gesprochen. Der Oberbürgermeister saß am Rande eines Tisches und hat keine Notiz davon genommen. So etwas mache man nicht. Bezüglich des Standortes für das Grundstück des Ausstellungszentrums werde auch die Karte des Stärkeren gezogen nach dem Motto, wir bezahlen und bestimmen, wo das Ausstellungszentrum gebaut wird. Das seien die Erfahrungen von Herrn Hantusch, wo er frage, ist das ein verlässlicher Partner, wenn man Bauhausstadt werden will, ist man dann da gut aufgehoben? Man begeben sich in die Abhängigkeit einer Stiftung, an der man nur 5 % habe.

Herr Hantusch war mit dem Oberbürgermeister heute zu einem Gespräch, wo auch gesagt wurde, dass das Verkaufen des Bauhauses, d. h. das Aufnehmen von Kunden nicht so gut läuft, wie man angenommen hat. Wer sagt denn, dass das besser wird, wenn noch mehr in die Stiftung gegeben wird. Man könne auch so etwas hinbekommen, wenn der Wert bei der Stadt bleibt. Man könne vieles über Kooperation hinbekommen. Wer sagt denn, dass man nicht auch Geld für die Meisterhäuser vom Land bekommt, um sie dann zu bespielen? Auf der anderen Seite müsse man sehen, dass wir es auch noch nie gemacht haben, weil in den letzten Jahren diese Entwicklung zu einer Bauhausstadt da war. Das jetzt aus der Hand zu geben, sollte man sich überlegen. Deshalb plädiere er dafür, die Vorlage intensiv in den Fachausschüssen zu diskutieren.

Bezüglich der angesprochenen Buchverluste legte **Herr Hantusch** dar, da die Jahresabschlüsse öffentlich sind und jeder sie einsehen könne, sage er, dass die DWG in 2011 Buchverluste hatte im zweistelligen Millionenbereich und die DWG existiere heute noch. Ein Buchverlust sei kein Verlust im operativen Geschäft, was man auch in der Doppik unterscheiden müsse. Insofern plädiere er für einen Exkurs über die Ausschüsse, um sich Gedanken zu machen, ob es richtig ist, dass wir dieses wertvolle Erbe woanders hin geben.

Es sei ein sinnvoller Vorschlag, den Frau Nußbeck unterbreitet habe, bemerkte **Frau Storz, 2. stellv. Stadtratsvorsitzende**. Die bilanziellen Schlussfolgerungen für die Zukunft seien buchhalterisch exakt, ebenso der Hinweis auf die Verpflichtungsermächtigung des Landes. Man könne von dieser Seite her von einer sehr gut vorbereiteten Maßnahme sprechen. Sicher müsse das Bauhaus in seiner touristischen Vermarktung noch etwas zulegen, in der Bespielung des Hauses selbst, in den Events, in seinen Häusern. Hier denke sie an das Haus Doppelreihe 35, was mit viel Tamtam übergeben wurde, aber jetzt ein trauriges Los fristet.

Es stelle sich aber die Frage, was man gewinnt, wenn man die Dinge festhält. Der Tourist oder aber unsere Bürger merken nicht, ob das Haus auf städtischem Eigentum steht oder sich im Eigentum der Stiftung Bauhaus befindet. Es komme darauf an, wie es bespielt wird. Dem Bauhaus müsse man das Laufen lernen. Es müsse mehr Events machen und mehr vermarkten, was man nur aus einer Hand könne. Die Stiftung hat durch Land und Bund ausreichende Mittel zur Verfügung, wir nicht. Die Stiftung Bauhaus ist eine kompakte Firma mit einem Chef, mit Mitarbeitern, die für das Marketing verantwortlich sind. Diese müssen in ihrer Firma ihr Erbe vermarkten. Die Häuser dort hinzugeben und sie aus einer Hand vermarkten zu lassen für Tourismus und für Dessau halte Frau Storz für eine sinnvolle Maßnahme, ganz abgese-

hen von jeglichen Finanzen. Es sei eine Frage des Inhaltes und der Gestaltungsmöglichkeiten. Sie bat um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies darauf, dass auf Betreiben des damaligen Oberbürgermeisters viele Sponsorengelder in Millionenhöhe von Fremdfirmen, Sparkasse und DVV eingeflossen sind. Er fragte, ob von diesen Mitteln noch etwas da ist, ob sie verbraucht sind oder mit übergehen.

Die Stiftung Meisterhäuser werde es weiter geben, erwiderte **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**. Sie soll nicht aufgelöst werden. Alle Spenden und finanziellen Mittel, die in die Stiftung Meisterhäuser aus damaligem Sponsoring und Spendenverträgen zugeflossen sind, bleiben dort auch. Es soll lediglich das Grundstück, auf dem jetzt das Gropiushaus errichtet wird, aus dieser Stiftung herausgenommen werden, weil wir das Haus auf dem Grundstück errichten. Grundstück und Haus müssen zusammen sein.

Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender, erklärte, es sei eine Binsenweisheit, wer A sagt, sagt auch B. Heute werde über das A diskutiert. Je nachdem, welches A man sagt, es kommt am Ende ein B heraus. Entweder man werde bei bestimmten strategischen Dingen gefragt als Stadt oder auch nicht.

Die Erfahrungen und die Beobachtungen, die man momentan mache, sagen, dass man in manchen Interessenslagen der Stadt am ausgestreckten Arm verhungert. Sprich das Land entscheidet souverän, wo es mitgeht und wo nicht, was es will, was nicht und wann es das will. Die Darstellungen von Frau Nußbeck seien in sich plausibel. Das sei aber nicht das Problem. Das Problem sei, dass wir im Moment feststellen, dass wir wenig Einflüsse habe, dass bestimmte Konzepte, die wir für richtig und wichtig erachten, nicht einfach so geteilt werden. Im Gegenteil, manchmal drohen sie sogar, auf die lange Bank geschoben zu werden.

Es stehe die Frage im Raum, wenn es um zukünftige Dinge, um strategische Entscheidungen geht, inwiefern wir mit 5 % noch eine Rolle spielen. Man schreibe einen anspruchsvollen Masterplan. Die Umsetzung hänge aber nicht nur von uns ab, sondern auch von anderen. Insofern sei die Frage, wenn andere Intentionen kommen, wie viele Fragen werden dann noch gestellt oder werden die Dinge über unseren Kopf hinweg entschieden.

Inzwischen nehme er wahr, dass man bei der Diskussion um einen zukünftigen Standort, zumindest was die Intensität des Nachfragens betrifft, nicht so sehr vorkommt. Die Diskussion finde im Moment woanders wesentlich intensiver statt. Die Befürchtungen sind, dass die Konzepte, die wir uns vorstellen, nicht mehr mit uns entschieden werden und sie am Ende nicht so aussehen, wie wir sie uns wünschen. Deshalb sei es legitim, heute zu sagen, dass man wissen muss, wenn man das eine A sagt, es auch ein anderes B zur Folge haben kann. Um nichts Anderes gehe es heute, aber um weniger auch nicht.

Er könne Frau Nußbeck verstehen, denn sie müsse sich um die Finanzen der Stadt kümmern, erklärte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**. So einfach könne man es sich aber nicht machen. Es müsse darüber nachgedacht werden, was kommt danach und welche Einflussmöglichkeiten haben wir noch. Er stelle fest, dass kein Ausschuss darüber beraten hat. Die Verwaltung könnte sagen, es war zeitlich nicht möglich. Er erinnere aber an die letzte Haupt- und Personalausschusssitzung, als man zu einem

ganz anderen Thema überlegt habe, noch einmal eine Sondersitzung durchzuführen. Er fragte, warum das hierzu nicht gelungen ist. Wie Herr Hantusch frage er, wo ist jetzt das absolute Zeitproblem, warum haben wir nicht mehr die Möglichkeit, noch einmal alles auf den Tisch zu legen, darüber nachzudenken und dann zu entscheiden, damit nicht später vielleicht das böse Erwachen kommt.

Herr Weber, CDU-Fraktion, brachte seine Irritation zum Ausdruck. Die Einflussnahme der Stadt Dessau-Roßlau auf die Entscheidungen der Stiftung war bisher auch nicht größer, weil wir Eigentümer dieser Gebäude sind. Die anderen hatten immer schon größeren Einfluss. Das habe aber auch etwas damit zu tun, dass Herr Oswalt auch ein ganz schönes Kaliber mit seinen Truppen darstellt. Sie verwalten das Bauhaus nämlich nicht nur, sondern gestalten und bringen es voran. Es sei verwegen, diese Infragestellung der Kompetenz der Mitarbeiter und der Leitung des Bauhauses hier zu hören.

Ihm liege es fern, Schuldzuweisung zu machen, wer in der Vergangenheit etwas nicht gemacht hat, merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an. Wenn man sich mit diesem Thema sehr intensiv beschäftigt, komme man zum Nachdenken. Als Stadt habe man an dieser Stelle auch in all den Jahren kein Ruhmesblatt beschrieben. Insofern sei es positiv, was die jetzige Entwicklung abzeichnet, dass nicht zuletzt auch durch das Wirken von Herrn Oswalt am Bauhaus selbst eine völlig neue Qualität entstanden ist. Diesbezüglich sei er hoffnungsvoll. Das eigentliche Problem ist, dass es die eine Art der Lesart ist, die Stiftung aber durch die Zusammensetzung der Anteilseigner natürlich ganz anders bestimmt wird.

Allerdings frage er, warum es 22 Jahre dauerte, bis ein Land Sachsen-Anhalt wahrnimmt, dass die klassische Moderne im internationalen Kontext von Wirtschaft und Kultur eine Größe ist. Die gleiche Frage stelle er an die Bundesrepublik Deutschland. Wären wir nicht auf dem Weg, auf dem wir heute sind, u. a. auch die sonstigen Bauhauswirkungsstätten Weimar und Berlin, insbesondere nicht zuletzt durch das Jubiläum 90 Jahre Bauhaus, wo Dessau ein Stück weit aufbegehrt hatte, weil es eigentlich nicht stattfand, dann wären wir auch heute nicht an dieser Stelle.

Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass an bestimmten Abschnitten der jetzigen Entwicklung welche Kräfte auch immer ein gewisses Wahlkampfpotential bei diesem Thema sehen. Er warne davor, es in dieser Richtung zu nutzen, weil es dafür nicht tauglich ist. Dieses Thema ist für diese Stadt und für die Bauhausstätten viel zu wertvoll. Herr Schönemann bat um mehr Kooperation, mehr Ehrlichkeit und mehr Transparenz in allen Vorgängen, dieses aber auf Augenhöhe und in offener Partnerschaft. Das sei im Augenblick ein beginnender Prozess und der beginnt sehr holprig. Das könne sich alles ändern, wenn er eines Besseren belehrt werde.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, brachte seine Verwunderung über die heutige Diskussion zum Ausdruck. Allen sei bewusst, dass der finanzielle Rahmen der Stadt sehr eng begrenzt ist. Man habe keine 600 bis 700 T€, um die Meisterhäuser mit Qualität zu bespielen. Das ist Realität. Es bestehe die Möglichkeit, diese Arbeit an Fachleute zu übergeben. Es werde jemand gebraucht, der internationale Erfahrung mit diesem Umgang hat. Man wolle internationale Gäste haben, es ist ein Weltkulturerbe an dieser Stelle, es liegt mitten in der Stadt und sei unser Terrain, in dem man sich bewege. Deshalb könne es nur in die Hände von Leuten gehen, die mit diesen Objekten Erfahrung und Kenntnisse haben und wissen, wie man sich auch internati-

onal verkauft. Er mahne, an dieser Sache dranzubleiben. Es müsse auch die Zeitschiene betrachtet und die Entscheidung jetzt getroffen werden.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, betonte, er habe kein Verständnis dafür, dass die Stiftung Bauhaus hier plötzlich unterschwellig als Gegner aufgefasst wird, wo wir keinen Einfluss mehr nehmen können, wenn wir jetzt die Häuser in deren Obhut geben, wie wir es schon seit Jahren geplant haben. Es könne keine Rede davon sein, dass die Stadt Dessau plötzlich keinen Einfluss mehr auf die Nutzung dieser Meisterhäuser hat. Es werden Sachen verquickt, die damit nichts zu tun haben. Bezug nehmend auf das Ausstellungsgebäude für die Stiftung Bauhaus Dessau habe man im Stadtrat einen einstimmigen Beschluss zum Standort gefasst. Diese Diskussion ist uns vom Land aus der Hand genommen worden. Hier spiele die Stadt eine nachgeordnete Rolle. Das sei ein Skandal und müsse diskutiert werden. Er bitte um Zustimmung zur Vorlage.

Den Antrag auf Schluss der Debatte stellte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, verwies darauf, dass der Oberbürgermeister noch auf der Rednerliste steht. Aufgrund einer Wortmeldung von Frau Müller, SPD-Fraktion, erklärte **Herr Dr. Exner**, wenn der Antragsteller, Herr Dr. Weber, keine Bedenken habe, Frau Müller noch auf die Rednerliste zu nehmen, würde er zunächst ihr das Wort erteilen und danach dem Oberbürgermeister. Dann sei die Rednerliste abgearbeitet. Es sei aber so, wenn der Antrag auf Schluss der Debatte steht, seien nur noch die dran, die auf der Liste stehen. Herr Dr. Weber äußerte keinen Widerspruch.

Mit dieser Maßgabe erhielt **Frau Müller, SPD-Fraktion**, das Wort. Sie plädierte für die Zustimmung zur Vorlage und erklärte, den Ausführungen von Frau Nußbeck zu folgen. Begründend erklärte sie, wenn man sich vorstelle, dass jedes Jahr diese Summe ausgegeben wird, wie wolle man das dem Theater erklären, wo um jeden Cent gerungen wird. Wie wolle man das in der Haushaltskonsolidierung erklären, wenn es um Kindereinrichtungen und um Soziales geht.

Herr Oberbürgermeister Koschig bemerkte, er verstehe die Kritik von Herrn Schönmann an der Diskussion zum Masterplan nicht. Er betonte, dass wir nicht zu einer sachlich fachlichen Diskussion kommen, weil die Namensdiskussion alles immer überschattet. Er habe aber an den eigentlichen Kernpunkten des Masterplanes aus der Bevölkerung noch keine Kritik gehört. In allen Stadtteilen, wo man bisher war, gab es eine breite Zustimmung zur Bauhausstadt und zu einer Zusatzbezeichnung Bauhausstadt gebe es keine Ressentiments.

Man sei mit dem Amtsantritt von Stiftungsdirektor Professor Philipp Oswalt in eine völlig neue Zusammenarbeit gekommen. Er setzt die Schwerpunkte, die wir uns schon lange gewünscht haben, die sein Vorgänger anders gesetzt hatte, was mehr das internationale Renommee betraf, was uns in einem viel größeren Maße fordert, hier mitzuhalten. D. h. Augenhöhe werde uns gewährt. Es liege an uns, wie wir diese Augenhöhe auch leben. Das fordere uns viel ab und wir tun etwas, was uns nicht leicht fällt. Von daher sei die Diskussion auch legitim.

Wir trennen uns von Eigentum, von etwas ganz Besonderem, von einem Rohdiamanten. Herr Kleinschmidt habe zu Recht die großen Spenden erwähnt, die in die Sanierung und Rekonstruktion der vorhandenen Meisterhausbauten geflossen sind.

Es stehen weitere Beträge zur Verfügung. Wir übergeben sie aber nicht irgendeinem Dritten, sondern bringen sie in unsere Stiftung ein.

Den Vätern des Stiftungsgesetzes, wozu auch die Stadt Dessau gehöre, ist es gelungen, dass Bund, Land und Kommune in einer Stiftung sich gemeinsam auf den Weg gemacht haben, dieses besondere Stück Weltkulturerbe zu entwickeln. Das ist einmalig für die Welterbestätten der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind nicht zu müde geworden, dafür zu werben, dass der Bund viel stärker seine Verantwortung wahrnimmt. Auf Bundesebene sei eine Investitionssumme von 100 Mio. € im Gespräch, speziell für Investitionen für die Welterbestätten.

Auf die 5 % zurück kommend, erläuterte Herr OB Koschig, der Stadtrat der Stadt Dessau hat damals nur 5 % zugestimmt, obwohl er das meiste an Vermögen eingebracht hat. Das Anlagevermögen der Stiftung war zu 100 % unser Eigentum. Der Stadtrat dieser Stadt hat 1925 einen Auftrag an Walther Gropius erteilt, dieses Gebäude, die Meisterhäuser und das Direktorenhaus zu errichten. Sie sind Eigentum unserer Stadt und wir haben sie eingebracht und er glaube, wir waren 1992 froh, dass wir mit 5 % ein Mitspracherecht bekommen haben und nicht 95 %. Denn die 5 % entsprechen der Summe, mit der wir an den Betriebs- und anderen Kosten beteiligt werden.

Herr Koschig begrüße, dass sich die Stadt daran beteiligt und auch vorgeschlagen hat, den Georgen- und Kühnauer Park in das Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich einzubringen. Wir sollten auch da bereit sein, uns mit 5 % an den Kosten zu beteiligen, um nicht nur mitreden zu wollen. Zu mehr sei diese Stadt nicht im Stande.

Zu Herrn Hartmann kommend, welche großartigen Institutionen dieses Land hat, merkte Herr Oberbürgermeister Koschig an, die Stadt Halle mit ihrem Landesmuseum für Vorgeschichte macht einen großen Staat und braucht keinen Pfennig dazu bezahlen. Soweit sind wir gar nicht und möchten uns da beteiligen.

Mit den Aussagen von Herrn Schönemann und Herrn Beigeordneten Hantusch sei **Herr OB Koschig** nicht einverstanden. Tatsache sei, dass das nicht nur 5 % Mitspracherecht ist. Im Stiftungsrat hat die Stadt 2 Stimmen, der Bund hat 2 Stimmen, das Land hat 2 Stimmen und die Vertreterin des Wissenschaftlichen Beirates hat 1 Stimme. Das sind 7 stimmberechtigte Mitglieder. Wenn Bund und Land mit ihren 95 % sich einig sind, könne die Stadt überstimmt werden, auch das habe es schon gegeben. In den aktuellen Fällen könne Herr Koschig das aber nicht erkennen. Es wurde ein einstimmiger Beschluss mit nur einer Enthaltung gefasst, den Stiftungsdirektor zu beauftragen, Verhandlungen mit der Stadt Dessau-Roßlau aufzunehmen bei Beteiligung des Landes.

Auf die besondere Problematik zurückkommend, warum man es jetzt tun müsse und warum es einen Unterschied gibt zur DWG, legte **Herr Koschig** weiter dar, Verluste müssen mit der Einführung der Doppik ab 1.1.2013 konsolidiert werden. Die DWG könne Verluste gegen das Eigenkapital buchen, was ein großer Unterschied sei. Er sei Frau Müller dankbar, dass sie die anderen Einrichtungen angesprochen hat. Wenn man in die Konsolidierung gehe, stehe man wieder bei der Frage, wie geht es mit dem Theater, den Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie vielen Dingen, die auf der sog. Freiwilligkeitsliste stehen, weiter. Insofern mache es Sinn, Spezialisten für unser Weltkulturerbe Bauhaus hier stärker in die Pflicht zu nehmen. Darüber werde schon sehr lange diskutiert. Auch wenn es nicht einfach ist, sich von so etwas zu trennen, sitzen die Spezialisten im Bauhaus. Die Stadt selbst sei universell aufgestellt. Wollten wir diesen Grad erreichen, die Meisterhäuser in der gleichen Qualität

zu betreiben und zu bewirtschaften, wie es das Weltkulturerbe erfordert, bräuchten wir einen Aufwuchs an Personalkosten - wir müssten mindestens einen Hausmeister und eine zusätzliche Kraft zur Betreuung unserer Gäste einstellen - und auch bei den Betriebskosten sind wir auf Kante genäht. Im Grunde müssten wir uns alle schämen für das wenige Geld, was wir den Meisterhäusern zur Verfügung stellen. Man könne es an der Abnutzung der vorhandenen Gebäude leider auch erkennen.

Fazit sei, bis jetzt haben wir zu wenige Haushaltsmittel für den Bestand aufgestellt und es komme der Zuwachs dazu, für den momentan auch nicht die Mittel zur Verfügung stehen. Sie müssten zusätzlich aufgebracht werden. Deshalb besteht der Vorschlag, das Angebot des Landes anzunehmen, da zusätzlich zu dem Geld, was wir ohnehin aufbringen müssten, jetzt noch Landesmittel hinzu kommen, die wir natürlich nicht bekämen, wenn wir im Eigentum der Meisterhäuser verblieben. Weiterhin gebe es noch das Angebot, auch wenn es sehr vage vom Kultusministerium formuliert ist, dass dann 1,6 Mio. € aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt würden. Das sei der Schätzwert, den die Stiftung Bauhaus uns zugearbeitet hat. Wir hatten bislang nur 200 T€ geplant aus einer Tranche UNESCO-Welterbemitteln, die wir aber schweren Herzens den Zwängen folgend zur Verfügung gestellt haben, um den Kostenaufwuchs bei der Reparatur des Meisterhauses glatt zu kriegen. Insofern hätte man momentan keine Haushaltsmittel für die Innenausstattung des Direktorenhauses und des Hauses Moholy-Nagy zur Verfügung. Hierbei baue **Herr Koschig** aber stark darauf, was das Kurt-Weill-Zentrum betrifft.

Herr Oberbürgermeister Koschig appellierte, die Kompetenz der Stiftung und auch des Fördervereins Meisterhäuser, den es neben der Stiftung Meisterhäuser auch weiterhin gibt, zu nutzen. Die Stiftung Meisterhäuser hat ein Mitspracherecht, indem sie entscheidet, für welche Projekte an den Meisterhäusern die Mittel bzw. Erträge der Stiftung zur Verfügung gestellt werden. Der Förderverein Meisterhäuser steht weiterhin der Stiftung und uns zur Seite für die Gestaltung von 2 Ausstellern und anderen Dingen der Betreuung. Auch die Stiftung Bauhaus Dessau wird auf das Ehrenamt unseres Fördervereins angewiesen sein. Herr Koschig verwies auf die seit langem geführte Diskussion und auf den Beschluss im Masterplan vom 11. Juli, die Meisterhäuser in die Stiftung Bauhaus Dessau einzubringen. Dies habe er auch schon in 5 Einwohnerversammlungen propagiert, weil wir überzeugt sind, dass es inhaltlich ein Sprung nach vorn ist. Bis vor kurzem habe man dies noch nicht gewusst, weil man so lange gebraucht habe, um das Angebot des Landes zu prüfen.

Es wurden alle 3 Möglichkeiten geprüft:

- Einbringen in die Stiftung, Betreuung durch die Stiftung (entspr. dieser Vorlage),
- keine Einbringung und Betreuung durch die Stiftung Bauhaus,
- keine Einbringung – Betreuung durch uns selbst und die Stiftung Meisterhäuser.

Bei dieser Güterabwägung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, was Frau Nußbeck dankenswerter Weise eingebracht hat.

Natürlich könne der jetzige Gremienbeschluss mit einem Hauruckbeschluss gleichgesetzt werden. Es wurde lange mit dem Kultusministerium verhandelt. Der Haushaltskonsolidierungsbeschluss sah eine Einbringung ohne weiteres Zugeben an die Stiftung vor. Das war der Verhandlungsauftrag aus dem Stadtrat, den man erfüllt habe. Das Ergebnis liege jetzt auf dem Tisch. Man stehe kurz vor der Einführung der Doppik, weshalb heute dieser Beschluss gefasst werden müsste.

Nach der grundsätzlichen Beschlussfassung, die heute anstehe, werden noch viele Verhandlungen und Abstimmung und weitere Beschlussfassungen im Stadtrat kommen müssen, wozu man im nächsten Jahr Zeit genug habe. Vor dem 31.12.2012 bleibe nicht mehr viel Zeit. Nehme man also das Angebot des Landes an, die 250 T€ dazu zu packen, so dass die Betreuung des Meisterhausensembles mit 450 T€ dann auskömmlich vonstatten gehen kann. Der Stiftungsrat hat beschlossen und dem Stiftungsdirektor Verhandlungsvollmacht erteilt. Wichtig für uns ist, hier die Tür offen zu halten. Dem diene dieser Beschluss, denn eine Ablehnung hieße, die Tür ist zu. Herr **OB Koschig** bat um Zustimmung zur Vorlage.

Auf Antrag von **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, wurde eine 5-minütige **Auszeit** durchgeführt, da kein Stadtrat widersprach.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, die Fraktion habe sich intensiv zum Thema beraten. An dem Gesagten mache man keinerlei Abstriche. Wir haben den Masterplan und haben gesagt, was wir wollen, wir wollen die Bauhausstadt. In der Konsequenz heiße das, trotz dieser Art von Diskussion und der Bedenken zu der Problematik des Masterplanes zu stehen. Man wolle keinen Dissens und keine missverständliche Botschaft in Richtung Bauhaus senden. Im Gegenteil, man bitte darum, dass zukünftig Themen der Bauhausstadt nicht mehr im Rahmen der Konsolidierung instrumentalisiert werden. Des Weiteren habe man die Bitte, dass solche sensiblen Themen, wie gerade das Abgeben von Eigentum in einem Prozess der Neufindung und Zusammenfindung von Partnern vorher beraten wird und die Beratungsfolge in den Fachausschüssen erfolgt. Dann habe er in Zukunft auch keinerlei Bedenken, dass im Stadtrat einheitliche Beschlüsse gefasst werden.

Aufgrund der Wortmeldung von Herrn Eichelberg verwies **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, darauf, dass es nicht mehr um Diskussionen, sondern um Erklärungen, die die Auszeit betreffen, gehe.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bemerkte, nicht zum ersten Mal würden die Stadträte zeitlich unter Druck gesetzt. Man hätte die Zeit gehabt, noch einmal in den Ausschüssen darüber zu reden. Bei anderen Themen gehe das schnell, da habe man die Zeit, hier habe man sie nicht. Die Fraktion werde der Vorlage zustimmen, aber man werde genauestens darauf achten, dass das nicht noch einmal passiert. Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:01:01

7.12 **Anerkennung des Quorums zum Bürgerhaushalt der Stadt Dessau-Roßlau** **Vorlage: DR/BV/369/2012/Linke**

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erinnerte an den gestellten Antrag bezüglich der Bürgerbefragung, das Quorum auf 5 % herabzusenken. Damals wurde gesagt, man müsse das nicht ändern, da es nur Bestandteil der Begründung war und diese nicht zum Beschluss gehöre. Nun wurde das ursprünglich beantragte Quorum von 5 überschritten und man habe 7,01 % Beteiligung, obwohl noch nicht einmal alle Amtsblätter in die Haushalte ausgetragen wurden. Jeder konnte in der Presse verfolgen, dass

einige Amtsblätter gebündelt im Altstoff gelandet sind. Damit wurde nicht einmal die Anzahl der Haushalte erreicht, die zugrunde gelegt wurde.

7,01 % der Bevölkerung haben sich an der Umfrage beteiligt. Andere Städte haben mit 1 - 3 % Beteiligung angefangen. Dieses Ergebnis könne sich sehen lassen und man wolle die Bürger mitnehmen, man wolle mehr Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung sei nicht zum Nulltarif zu haben, wurde am Montag vom Oberbürgermeister von Jena gesagt. Wer Bürgerbeteiligung will, sollte der Vorlage zustimmen. Begründungen, dass dann andere zum Zuge kommen, seien nicht wahr, das letzte Wort bleibe beim Stadtrat. Wer Demokratie will, sollte die Vorlage mittragen.

Wenn es die Stadtverwaltung schon nicht schafft, den Stadtrat mitzunehmen, der Stadtrat schafft es, die Bürger mitzunehmen, merkte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, an. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, denn man finde es gut, dass die Bürger endlich die Möglichkeit haben, ihr Wort zu erheben. Das sei auch Demokratie, der man sich stelle.

Demokratie wolle man üben und übe man eigentlich immer in den Jahren, in denen hauptamtliche demokratische Beschlüsse getroffen wurden, erklärte **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Wenn er die Rahmendaten sehe, die in den Jahren zwischen 2008 und 2013 zustande gekommen sind, Schuldenstand 31.12.2008: 101 Mio. €, voraussichtlicher Schuldenstand 2013: 47,7 Mio. €. Das bedeutet eine Halbierung der Schulden in diesen wenigen Jahren und das bei großer Bürgerbeteiligung. Als nämlich die Blut- und Tränenliste auf den Tisch kam, haben sich die Bürgerinnen und Bürger ganz massiv in die Haushaltsberatung eingebracht. Sie kamen in die CDU-Fraktion und ihre Vorschläge wurden immer mit in die Diskussion eingebracht. Auch waren die BürgerInnen im Ratsaal in den Fragestunden und haben auch an der Diskussion Theater u. a. teilgenommen. An Herrn Uwe Jakob gerichtet, führte Herr Weber aus, die Leistungen, die die Bürgerinitiative auf die Beine gestellt habe angesichts der Probleme, die zu wälzen sind, haben Lob verdient.

Es gehe nicht um die Frage 7 % oder 3 %. Es stehe tatsächlich ein Quorum, was nicht erreicht wurde. Was aber in Wirklichkeit steht, sei eine positive Beteiligung der BürgerInnen an der Arbeit des Rates und an dem Bestreben für diese Stadt.

Es gibt keine Frage, Bürgerbeteiligung lohnt sich. Die Frage, wie die BürgerInnen zu beteiligen sind, sei durchaus zu diskutieren. Er habe in der Finanzausschusssitzung gesagt, er traue sich nicht zu sagen, dass er gegen den Bürgerhaushalt zum jetzigen Zeitpunkt ist. Er ist aber der Meinung, dass das Begonnene fortgesetzt und mit den BürgerInnen weiter darauf hin gearbeitet werden soll. 2018 werden wir die Konsolidierung weitestgehend abgeschlossen haben, dann beginnt eine Debatte zum Haushalt, wo die Bürgerinnen und Bürger gestalten können. Dann würde es richtig Sinn machen, einen Bürgerhaushalt zu beschließen. Jetzt sei noch nicht der Zeitpunkt. Er habe Sorge, dass diese Beschlussvorlage jetzt von einer einzelnen Fraktion so eingebracht ist, habe auch einen Beigeschmack. Eine einmal begonnene Arbeit der Bürgerinitiative in dieser Form jetzt zur eigenen Beschlussvorlage zu machen, habe er persönlich Bedenken.

Frau Lütje, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, die Bürgerbeteiligung als wichtig zu finden. Es sind die Wähler, die uns an diesen Tisch gebracht haben. In der Bevölkerung sitzen Leute, die von solchen Sachen, die hier beschlossen werden,

vielleicht auch mehr Ahnung haben und eine andere Sichtweise mit einbringen können. Es solle überlegt werden, wie wichtig Bürgerbeteiligung ist.

In dem Forum mit Herrn Schröter aus Jena wurde transportiert, was positiv sei und im Grundkontext unserer jetzigen Diskussion als weitreichend verständlich, führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus. Er hat geäußert, die Kommunalwahlen mit einer Beteiligung von 40 - 42 % sei Bürgerbeteiligung im maßgeblichen Sinne und die Entscheidungsträger sitzen hier. Man habe aber ein anderes Verständnis von direkter Bürgerbeteiligung im Vorgang von Prozessen zwischen den Wahlen und der Verwendung von Mitteln, die im Haushalt zur Verfügung stehen. Hier tue man sich schwer. Entscheidend ist, was man auf den Weg bringt, wie wir die Leute mitnehmen, welche Chancen wir ihnen einräumen, wieder an Politik zu glauben und sich gemeinsam mit den Räten auf den richtigen Weg zu begeben und für Vertrauen in Zukunft zu sorgen. Deshalb wäre es auch eine deutliche Botschaft gewesen, auf 25 T€ für eine Umfrage zu verzichten und als Rat einen direkten Beschluss zu fassen. Dann hätte man an dieser Stelle schon Geld gespart und wäre einen wesentlichen Schritt weiter. Herr Schönemann empfinde es aber deplatziert, hier die ideologische Seite aufzumachen. Der Initiative sollte der Rücken gestärkt und der Prozess weiter begleitet werden sollte. Davon werde man Nutzen zum Wohle der Stadt haben.

Er wolle das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion erklären, bemerkte **Herr Rumpf**. Man habe sich gründlich damit beschäftigt, es habe aber nicht vordergründig eine Rolle gespielt, ob es 7,01 % waren. In der Zeitung stand auch vom Oberbürgermeister in Jena, dass es auch Themen gibt, die man lieber den Bürgern nicht vorlegen sollte. Die CDU-Fraktion werde mehrheitlich der Vorlage nicht zustimmen, denn man sehe, dass die Einführung der Doppik sämtliche Ressourcen in der Verwaltung binden wird und er frage sich, ob man 2014 schon so weit ist, um den Bürgerhaushalt einführen zu können. Die Stadträte selbst müssen sich mit der Einführung der Doppik auch ausführlich befassen. Ab 2018 können die Bürger nicht nur über 10.000 € entscheiden, sondern man kann eine richtige Bürgerbeteiligung hinbekommen. Seine Enthaltung bedeute also bei der heutigen Abstimmung eigentlich eine Zustimmung.

Er habe bereits im Finanzausschuss deutlich gemacht, dass er ein Freund des Bürgerhaushaltes ist, erklärte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**. Die 7 % seien nicht nur ein Zeichen dafür, mitmachen zu wollen, sondern dass sie auch nicht mit der Arbeit der Verwaltung in Dessau-Roßlau und vor allem des Stadtrates zufrieden sind. Das beste Beispiel haben die Bürger, wenn sie die Stadtratssitzung live erleben im öffentlichen Teil. Im Tagesordnungspunkt zuvor haben sie erlebt, wie das ablaufen kann und oft läuft. Er stimme der Anerkennung des Quorums zu.

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, verwies auf die Ausführungen von Herrn Rumpf. Für die Stadträte der FDP-Fraktion gelten gleiche Gründe. Die Einführung der Doppik werde uns sehr beschäftigen. Wie soll ein Bürger, der damit nicht vertraut ist, das verstehen und irgendwelche Entscheidungen treffen. Hier sollte man die Zeit abwarten.

Es sei nicht der Ehrlichkeit letzter Schluss, den Bürger erst dann zu fragen, wie er sich manches vorstellt, wenn die Spannung heraus ist, gab **Herr Hoffmann, Frakti-**

on Die Linke, zu bedenken. Er halte es für maßgeblich, den Bürger zu fragen, wo ist für dich eine Grenze, wo ist die Stadt lebenswert, wenn wir diese oder jene Entscheidung diskutieren. Er wolle nicht zusehen, dass noch mehr Leute sagen, hier kannst du nur noch gehen. Er wolle, dass der Bürger mehr Demokratie erlebt, sich an den Dingen, die der Stadtrat diskutiert und entscheiden muss, rechtzeitig beteiligt. Er ist froh, dass man an einem Punkt angekommen ist, wo er schon vor Jahren hin wollte. Er wolle nicht, dass Initiativen vor der Tür stehen und um Einlass bitten, sondern dass die Türen offen stehen und die Leute hereinkommen können.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führte aus, bereits in den Ausschüssen seine Bedenken gegen die Vorlage ausführlich begründet zu haben. Es erscheine in der Diskussion so, als ob das Gremium, das hier Beschlüsse fasst, keine demokratische Grundlage hat und nur der Bürgerhaushalt die Demokratie rettet. Das sehe er nicht so. In der Bundesrepublik Deutschland sind wir bis hinunter in die Gemeindeverfassung eine mittelbare Demokratie. Das ist Grundlage unseres Staatssystems. Er glaube an diese Demokratie, die nicht ausschließt, dass wir bei Einzelfragen - und das sei in der Stadt z. B. beim Thema Verkauf Stadtwerke schon erfolgreich praktiziert worden - die Bürger mitnehmen. Sie haben bei diesem Problem ihre Meinung kundgetan und letztendlich sei man dieser gefolgt. D. h. Bürgerbeteiligung ist bei dem jetzigen Status nicht ausgeschlossen.

Das tiefer gehende Bedenken sei allerdings, wenn wir einen Bürgerhaushalt zum jetzigen Zeitpunkt auf den Weg bringen, werden Hoffnungen geweckt. Die Bürger können zum jetzigen Zeit nur enttäuscht werden, weil wir jetzt nicht in der Lage sind, tatsächlich die Wünsche aufzunehmen und umzusetzen. Wir befinden uns voraussichtlich bis 2018 in der Konsolidierungsphase, d. h. wir müssen nach wie vor Ausgaben senken. Es gehe also darum, Kürzungen vorzunehmen, Aufgabenverzicht auszusprechen. Es gehe aber nicht vordergründig darum, Überschüsse der Stadt, die vorhanden sind, für künftige Maßnahmen einzusetzen. Viele bisherige Bürgerhaushalte haben genau darauf aufgebaut, dass es nämlich darum ging, was machen wir mit unserem Geld an den und den Stellen. Die waren nicht unter dem Druck der Konsolidierung, unter dem die Stadt jetzt steht. Deshalb würde man eher Enttäuschungen auslösen, anstatt etwas anzuschieben, was zu einem späteren Zeitpunkt möglich wäre. Deshalb werde man heute nicht zustimmen, d. h. gegen die Vorlage stimmen.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erinnerte daran, dass im Stadtrat bereits ein Beschluss gefasst wurde, ab 2014 kommt ein Bürgerhaushalt. Wenn man schon der Vorlage nicht zustimmen wolle, müsse der Antrag gestellt werden, dass der Beschluss, der im Stadtrat längst eine Mehrheit gefunden hatte, nämlich Einführung 2014, aufgehoben werden muss. Das wäre ehrlich.

Wenn **Frau Ehlert** die Diskussion hier verfolge, stelle sie fest, dass man sich mit dem Thema Bürgerhaushalt nicht befasst habe, denn Haushaltskonsolidierung machen Weimar, Jena, Lichtenberg und sogar in armen Ländern findet Bürgerhaushalt statt und wir wollen warten, bis wir reich sind. Gerade, wenn die Ressourcen eng sind, sollte man fragen, wo die Prioritäten sind. Das wäre ehrlich.

An Herrn Weber gewandt, führte sie aus, entsetzt zu sein. Nur weil der Antrag von den Linken kommt, finde er sie schlecht? Sie sei Bestandteil dieser Initiative und begleitet diese schon sehr lange. Es sei nicht das erste Mal, dass hier über Bürgerhaushalt gesprochen wird. Es war von Anfang an Thema. Frau Ehlert war schon in

Lichtenberg, da wurde in Dessau noch nicht einmal über das Thema geredet. Wer ihr vorwerfen will, dass sie sich mit dem Thema nicht auskennt, habe sich geirrt. Man werde das erreichen und die Bürger mitnehmen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass Herr Weber sich zu Wort gemeldet und Herr Hoffmann Ende der Debatte beantragt hat. Damit ist Herr Weber der letzte Redner.

Herr Weber, CDU-Fraktion, stellte richtig, so wenig wie Frau Ehlert Recht hat, dass er ihr unterstellt hätte, sie hätte keine Ahnung, so wenig habe er gesagt, die Beschlussvorlage sei deshalb schlecht, weil sie von den Linken kommt. Er habe gesagt, es sei schade, dass es von einer Partei in dieser Situation allein hier eingebracht wird. Es gebe hier scheinbar eine Mehrheit, die für diese Vorlage stimmen wird, somit hätte man sie auch gemeinsam machen können. Das habe er ausgeführt. Er habe auch nicht gesagt, dass die BürgerInnen nicht weiter mit auf den Weg genommen werden sollen, sondern dass sie bereits gut mit auf den Weg genommen wurden und sie sich haben einbringen können. Hier gilt es nicht nur schwarz/weiß zu reden. Nicht nur durch den Bürgerhaushalt werden die Bürger mitgenommen. Er habe gesagt, unsere Fraktion habe immer offen gestanden und die Anregungen der Bürger gern aufgenommen. Dazu bedarf es nicht unbedingt dieses Mittels. 99 % der deutschen städtischen Haushalte werden ohne Bürgerhaushalt gemacht. Er habe keinen Zweifel daran gelassen, welche Leistung die Bürgerinitiative vollbracht hat, die Bürger so zu motivieren. Das sei alles nicht so in dieser Emotionalität darzustellen, wie es Frau Ehlert gemacht hat.

Die Vorlage wurde zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 19:15:02

7.13 **Verwaltungsgerichtsverfahren Dreibrodt ./. Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/399/2012/V-StR**

Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender, wies darauf hin, dass die Vorlage von Herrn Dr. Exner persönlich erläutert werde.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte dar, es gehe darum, wenn Erklärungen gegenüber dem Stadtrat als Ganzem abgegeben werden sollen, müssen oder können, sei er derjenige als Stadtratsvorsitzender, der diese Erklärungen annimmt. Wenn der Stadtrat in seiner Gänze Erklärungen gegenüber Dritten abgibt, sei er ebenfalls derjenige, der diese Erklärungen abgibt.

Nunmehr habe man eine Situation dahingehend, dass Herr Stadtrat Dreibrodt als Mitglied unseres Stadtrates gegen den Stadtrat als Institution, also gegen den Stadtrat insgesamt, unter dem 15. August 2012 eine Klage eingereicht hat. Diese Klage hat vier Ziffern. Zwei Ziffern betreffen die im Stadtrat gefassten Beschlüsse. Zwei Ziffern richten sich gegen seine, also die Art der Sitzungsleitung des Stadtratsvorsitzenden. Die Klage ist gerichtet im Moment gegen den Stadtrat, ohne dass zwischen den einzelnen Beschlusstexten differenziert worden ist. Herr Dr. Exner sei der Meinung, dass man hier hinsichtlich der Beklagten hätte differenzieren müssen, was aber auch nicht erheblich sei und das Verwaltungsgericht klären wird. Was erheblich

ist, der guten Ordnung halber und formal sollte er für das Gerichtsverfahren und für die möglicherweise anhängigen Verwaltungsverfahren entsprechend beauftragt werden. Herr Dreibrodth hat sich eines Anwalts bedient, auch das sei sein gutes Recht. Aus haftungsrechtlichen Gründen sei es Herrn Dr. Exner wichtig, dass er entsprechend auch beauftragt wird. Das sei Gegenstand der Vorlage, was er entsprechend eingeführt haben wollte.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erklärte, genau auch aus formalrechtlichen Gründen werde die SPD-Fraktion gegen diese Vorlage stimmen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 26:04:05

(Herr Dr. Exner nahm nicht an der Abstimmung teil.)

Der öffentliche Teil wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde verbunden mit den Wünschen für ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2013 durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner, beendet.

Dessau-Roßlau, 21.03.13

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer
Schriftführerin